

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 26. Oktober 1923
10. Jahrgang Nummer 251

Preis: Inland mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Bezugspreis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Einzelband 3,00 M. Einzelgenusspreis: Die sechsbändige Wilmmerzeitschrift über deren Raum 12 M., Vereins- und Veranlagungsangelegenheiten 8 M., Wilmmerzeitschrift: Die dreizehnbändige Wilmmerzeitschrift über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. der Haupt-Expeditionen u. v. in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 40, Telefon 560 30. Postfach 101; Redaktion: Breslau 544, Reibstockstraße 10, Telefon 439 02. Geschäftsstelle der Redaktion: Breslau 12-13, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glogau: Wilmmerstraße 20, Telefon 4085; Glogau: Markt 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8-18 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort: Breslau. — Verleger: Schief, Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Neudruck“ Berlin, 911, Breslau, Kreuzstraße 40.

Ausnahmezustand in Hamburg!

Kommunistische Presse verboten — Verschärfter Terror gegen Streitende

Die bürgerliche Presse berichtet: „Die „Hamburger Volkszeitung“ hat in den letzten Tagen in Wort und Bild unerschrocken zu bewaffnetem Kampf nach dem Vorbild der Oktoberkämpfe von 1923 aufgefordert und damit die Grenze der verfassungsmäßigen Pressefreiheit weit überschritten. Der Senat sah sich deshalb genötigt, das Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung zu beschließen.“

Der Senat hat die Polizei angewiesen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Ruhe im Hafen aufrechtzuerhalten und allen terroristischen Akten entgegenzuwirken.“

Nach den geltenden Bestimmungen kann die Presse nur auf Grund des Republikverstoßgesetzes verboten werden. Wenn der Senat sich bei seinem Verbot auf § 48 stützt, so muß der Ausnahmezustand über Hamburg verhängt sein, was aus den Meldungen der bürgerlichen Presse allerdings nicht hervorgeht.

Der Kampf im Hamburger Hafen zeigt in noch höherem Maße als der Werftarbeiterstreik und alle bisherigen Kämpfe die enge Verbundenheit der Staatsorgane mit Gewerkschaftsbürokratie auf der einen Seite und mit der kapitalistischen Ausbeuterclique auf der anderen Seite. Die Republik zeigt ihr wahres Gesicht. Der außerordentlich große Einsatz von Polizei, die Zusammenarbeit dieser mit dem Reichsbanner und die Lügen der gesamten unternehmerfreundlichen Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, widerlegt alle Lügen über „kommunistischen“ Terror und „wilden Streik“.

Die Mehrheit der Hafnarbeiter kämpft trotz Sabotage der Gewerkschaftsführer. Deshalb werden Roste-Methoden gegen die

Kämpfenden angewandt. Deshalb verschärfter Polizeiterror und Unterdrückung der kommunistischen Presse.

Es ist Pflicht der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den gewaltigen Kampf der Hamburger Arbeiter, die gegen das Unternehmertum und gegen die Staatsgewalt der Koalitionsregierung kämpfen, mit allen materiellen und moralischen Mitteln zu unterstützen.

SPD.-Schandtaten in Hamburg

Hamburg, 25. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Streik geht ungebrochen weiter. In dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ konnte man am 22. Oktober lesen:

„Damit die arbeitswilligen Hafnarbeiter aber nicht unter den kommunistischen Gewaltmaßnahmen zu leiden haben, sind die Unternehmer dazu übergegangen, ihre Arbeitskräfte nicht mehr von den sonst üblichen Abfahrtsstellen aus zu befördern; sie lassen die Arbeitswilligen jetzt von anderen Ueberfahrtsstellen aus an die Arbeitsstätten bringen. . . Der kommunistische Terror wird auch nicht mehr direkt an den Vermittlungsstellen oder an den Abfahrtsstellen ausgeübt, weil dort ein starkes Polizeiaufgebot solche Zwischenfälle verhindert.“

Ganz im Unternehmerjargon spricht dieses Blatt von „Arbeitswilligen“ und jubelt über den Polizeiterror. Dasselbe Blatt brachte ein riesiges Unternehmerratsrat, das den streikenden Werftarbeitern die fruchtlose Entlassung ankündigt. Arbeiter, merkt euch diese Sprache der sozialdemokratischen Führer.
(Weitere Meldungen siehe Beilage.)

Vom Tage

Zwischen den sozialdemokratischen Ministern, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum finden erneut Verhandlungen zwecks Schaffung der Großen Koalition in Preußen statt.

Wie aus Lahore gemeldet wird, sind nach den letzten Feststellungen bei dem Bombenanschlag sechs Personen getötet und sechzig verletzt worden.

Der Reparationsagent Parker Gilbert ist am Mittwochfrüh von Brüssel kommend, wieder in Berlin eingetroffen.

Die Abreise des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Deutschland ist auf Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche verschoben worden.

Im Wiener Nationalrat ist aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der österreichischen Republik ein Amnestiegesetz eingebracht worden.

Nach einer Meldung der Zeitung „El Espectador“ in Bogota sind in Caracas in Venezuela 20 Studenten während einer Kundgebung gegen den Präsidenten Gomez erschossen worden.

1 216 501

Endergebnis der Eintragung zum Volksbegehren

M. Berlin, 24. Oktober. Das Endergebnis der Eintragung zum kommunistischen Volksbegehren liegt nunmehr vor. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt 1 216 501, die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beträgt demgegenüber 41 348 994.

Vom Büro des Reichswahlleiters wird noch ergänzend mitgeteilt, daß zunächst noch eine Nachprüfung der Gültigkeit der Unterschriften stattfinden wird. Das endgültige Gesamtergebnis wird dann am 9. November veröffentlicht werden, obwohl das Ergebnis durch die Nachprüfung kaum noch eine wesentliche Änderung erfahren dürfte.

Rein zahlenmäßig betrachtet ist das Gesamtergebnis für das Volksbegehren unbedeutend. Die Ursachen haben wir nach Abschluß des Volksbegehrens in einem längeren Artikel ausgezeichnet: eine unerhörte Sabotage des Staatsapparates und der Kommunalbehörden; der Terror auf dem Lande; die Tatsache, daß das Volksbegehren praktisch einem öffentlichen Bekenntnis zur kommunistischen Partei gleichkam und Millionen Angestellte und Beamte von ihrer Einzeichnung Maßregelungen in den Betrieben und den Büros befürchten mußten; die Einheitsfront der Panzerkreuzerparteien vom „Stahlhelm“ und den Deutschnationalen bis zur SPD. und zum Reichsbanner; die von der Presse dieser Parteien verfolgte Taktik des zeitweisen Totschweigens, der bewußten Irreführung und der jahrelangsten Verleumdungen; dazu kommt der absolut nicht ausreichende Organisations- und Presseapparat der kommunistischen Partei.

Es war ein Kampf mit ungleichen Kräften. Die formale und technische Überlegenheit der Gegner des Volksbegehrens war riesengroß. Deshalb ist der Ausgang absolut keine Niederlage. An den ziffernmäßigen Eintragungen läßt sich kein Maßstab anlegen über den Grad der ideologischen Aufrüttelung der Massen gegen Aufrüstungswahnsinn und imperialistische Kriegsgeschäfte, wie sie mit der Aktion der kommunistischen Partei verbunden war. Millionen, die zwar noch nicht die Entschlossenheit aufbrachten, sich in die Listen einzutragen, wurden immerhin, wenn auch nicht genügend, von unserer Propaganda erfasst. Millionen erfuhr gelegentlich von den Kriegsrüstungen und den Angriffsplänen des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion. Der große Mangel der kommunistischen Partei, der zu einem großen Teil das unbefriedigende Ergebnis des Volksbegehrens mit verursacht, besteht darin, daß wir es nicht verstehen, ständig die Massen durch unseren organisatorischen Apparat zu beeinflussen.

Das zeigt sich besonders auch in Schlesien, in erhöhtem Maße aber in Oberschlesien. Im Wahlkreis Breslau sind bei 1 242 735 Stimmberechtigten 16 917 Eintragungen, im Wahlkreis Legnitz von 789 850 Stimmberechtigten nur 7425, im Wahlkreis Oppeln bei 822 711 Stimmberechtigten nur 7929 Stimmen für das Volksbegehren abgegeben worden. Die Eintragungsdifferenz von Legnitz und Oppeln liegen weit unter dem Reichsdurchschnitt, und es ist nunmehr Aufgabe aller Parteimitglieder, die Ursachen für die schlechten Ergebnisse zu untersuchen, Mittel und Wege zu finden, um festgestellte Schwächen und Fehler der Organisation zu beseitigen. Fortsetzung dafür ist erhöhte Aktivität der Genossen, bessere Vorbereitung für Partei- und Presse, Verteidigung der Einheit und Geschlossenheit der Partei gegenüber allen Feinden.

Um die Todesstrafe

(Eig. Ber.) Berlin, 23. Oktober.

Der Reichstagsausschuß zur Beratung des neuen Strafgesetzbuchs legte am Dienstag die Verhandlungen über die Todesstrafe fort.

Der Demokrat Ehlermann bekannte sich im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Brodau im vorigen Reichstag als ein Gegner der Todesstrafe. Dafür sprach Herr Japp von der Deutschen Volkspartei um so fanatischer für sie. Alle altbekannten Gründe kramte er zum Beweise dafür hervor, daß die Mörder einen Kopf kürzer gemacht werden müßten: die wachsende Verrohung des Volkes, die Rücksicht auf die Sicherheit des Staates und was dergleichen mehr ist. Die Zahlen, die er beibrachte, um die fittliche „Verrohung“ darzutun, beweisen nur, daß der Staat der Rationalisierung unter der Herrschaft des Trustkapitals unfähig ist, das Elend der Massen zu beseitigen und damit das Verbrechen an der Wurzel zu treffen. Eben darum nimmt die bürgerliche Gesellschaft, die das Verbrechen nicht verhindern kann, weil sie seine Ursachen tagtäglich tausendfältig neu sät, ihre letzte Zuflucht zur Todesstrafe.

Der Sozialdemokrat Landsberg hielt eine lange Rede für die Beseitigung der Todesstrafe. Er führte zahlreiche Fälle an, die die Unmenschlichkeit der Todesstrafe kraß aufzeigen. Aber die ganze Polemik des Herrn Landsberg gegen die Todesstrafe blieb im Rahmen des bürgerlichen Strafrechts stehen. Die Frage nach den Gründen der Strafe, nach ihrer Klassenbedingtheit, ohne die eine grundsätzliche sozialistische Stellung zur Todesstrafe überhaupt nicht möglich ist, existiert weder für Landsberg noch für die ganze Sozialdemokratie. Er erklärt zwar, daß auch im Republikverstoßgesetz und im Sprengstoffgesetz die Todesstrafe zu verschwinden habe, daß selbst nach Artikel 48 auch in Zeiten des Ausnahmezustandes die Todesstrafe nicht verhängt werden dürfe. Doch er und seine Partei haben gegen den kommunistischen Antrag gestimmt, der forderte, daß auch durch Ausnahmeverordnung keine anderen Strafen als die im Strafgesetzbuch vorgesehenen verhängt werden dürften. Sein Parteigenosse Ebert ist es als Reichspräsident gewesen, der entgegen den nichtsagenden Erklärungen des Herrn Landsberg gegen die Todesstrafe durch Ausnahmeverordnungen sie für zulässig erklärt hat, der durch Standgerichte, in denen jeder 21 Jahre alte Leutnant Richter sein konnte, sie gegen Proletarier ausprechen und vollstrecken ließ. Die Todesstrafe, auch wenn sie im Strafgesetzbuch gegen Mörder gestrichen wird, bleibt nach Artikel 48 der Reichsverfassung gegenüber revolutionären Proletariern bestehen. — Die Sozialdemokraten selbst lehnen die Anträge der Kommunisten, die die grundsätzliche Abschaffung der Todesstrafe fordern, ab.

Der deutschnationale Abgeordnete Frau Müller-D. Fried blieb es dann vorbehalten, ebenso wie schon im letzten Jahr, als Frau für die Hinrichtung von Verbrechen sich zu erklären. Sie meinte sogar, daß auch Frauen, wenn sie werden,

hingerichtet werden sollen. Die Gleichberechtigung der Frauen vor dem Richter ist das deutschnationale Ideal von der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Dittmann schließlich, von der Sozialdemokratie, erklärte im Namen der Sozialdemokraten, daß, wenn die Todesstrafe nicht verschwinden würde, seine Partei gegen das Strafgesetzbuch stimmen würde. Ein abler demagogischer Schwindel. Denn die Todesstrafe verhängt ja gar nicht, auch wenn sie im Strafgesetzbuch gestrichen wird. Aber die Sozialdemokraten brauchen einen Erfolg in ihrem Scheinkampf gegen die Todesstrafe, um der Arbeiterschaft weiszumachen, daß das Zuchthausstrafgesetz des Trustkapitals einen Fortschritt bringe.

Die grundsätzliche Stellung der Kommunisten wird morgen Genosse Alexander darlegen.

(Eig. Bericht.) Berlin, 24. Oktober.

Gestern hat der Ausschuss zur Vorberatung des neuen Strafgesetzbuches Debatte die über die Todesstrafe abgeschlossen. Von den Kommunisten sprachen noch die Genossen Alexander und Hölein für die Abschaffung dieser Strafe.

Beide unterstrichen sie gegen die Sozialdemokraten, die die Todesstrafe beseitigen, aber das ganze übrige Strafsystem des bürgerlichen Staates übernehmen wollen, die bereit sind, den ungeheuerlichen Zuchthausdröhrungen des neuen Strafgesetzbuches zuzustimmen, die Klassenbedingtheit der Todesstrafe, ihre untrennbare Verknüpfung mit den anderen Strafen des bürgerlichen Rechts. Indem die Sozialdemokraten den Kampf um die Todesstrafe isoliert führen, machen sie ihn aus einem Klassenkampf des Proletariats gegen das Strafrecht überhaupt zu einer Auseinandersetzung über eine einzelne Strafart. Sie schwächen damit den Kampf gegen die Todesstrafe, statt ihn zu stärken.

Weiter wiesen beide Genossen darauf hin, daß die Auseinandersetzung über die Abschaffung der Todesstrafe gar nicht um ihre grundsätzliche Beseitigung geht, sie bleibt nach Artikel 48 der Verfassung gegen das revolutionäre Proletariat bestehen. Gegen den Abgeordneten Landsberg von der Sozialdemokratie, der behauptet hatte, daß unter der Regierung von Sozialdemokraten auch nach Artikel 48 die Todesstrafe nicht mehr angeordnet werden dürfe, zeigten beide Genossen, wie gegenüber dieser Schaumblase die Sozialdemokraten ihrer politische Praxis ausgehen hat. Die Ausnahmeverordnungen des Jahres 1920 tragen die Unterschrift der Sozialdemokraten Ebert und Bauer. Sie drohen die Todesstrafe gegen jeden bewaffneten Proletarier an. Sie setzen für die Verurteilung zum Tode Standgerichte ein, in denen jeder 21 Jahre alte Leutnant Richter über das Leben eines revolutionären Arbeiters werden konnte. Die Unaufrichtigkeit im Kampf gegen die Todesstrafe,

(Fortsetzung auf Seite 2)

mit der die Sozialdemokraten gegen die Kommunisten kämpfen gehen, weil die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Klassenfeind auch den Tod nicht scheut, ist es natürlich nicht auf die Kommunisten, sondern auf die Sozialdemokraten zu, die es zulassen, daß die Todesstrafe gegen revolutionäre Proletarier, gegen einen neuen Lenin, jederzeit verhängt und vollstreckt werden kann, die ihn zu einem neuen Scheinopfer entwerfen.

Wer die Todesstrafe bekämpfen will, muß die Strafen des bürgerlichen Rechts überhaupt bekämpfen. Wir Kommunisten sind dagegen, daß dieser Gesellschaft, die die Unsicherheit der Existenz der breiten Massen immer weiter steigert und die so die sozialen Ursachen des Verbrechens, auch des Mordes, tagtäglich neu schenkt, sich anmaßt, über das Leben eines Mörders zu verfügen. Der Schutz der Gesellschaft gegen Verbrechertum kann überhaupt nicht durch Strafen erreicht werden, denn seit es eine Klassengesellschaft gibt, wird bestraft, ohne daß das Verbrechen darum verschwunden wäre; es ist eben in der Klassengesellschaft genau so begründet wie der Staat, der auch mit den Waffen der Strafjustiz die herrschende Klasse schützt. Der Schutz der Gesellschaft gegen sozialgefährliche Handlungen kann nur durch eine entschlossene Sozialpolitik bewirkt werden; doch eine radikale Sozialpolitik, die dem Klassenfeind Feuer, stößt auf die Grenzen dieser bürgerlichen Gesellschaft. Der Schutz der Gesellschaft gegen das sogenannte Verbrechen kann nicht hinterher durch eine Wiederbegründung, eine Nach- — das ist der Sinn der Strafe — herbeigeführt werden, sondern durch soziale Maßnahmen der Besserung. Doch gerade die dahingehenden Vorschläge der Kommunisten, an Stelle der

Estrafe überhaupt soziale Schutzmaßnahmen zu setzen, haben die Sozialdemokraten unter Führung des „Linken“ Rosenfeld abgelehnt.

Solche Maßnahmen gegen sozialgefährliche Handlungen, keine Strafen, sondern Vorschriften der Besserung und der Abschließung des Verbrechens, hat die Sozialdemokratie eingeführt. Sie heuchelt nicht wie die bürgerliche Klassengesellschaft irgenwelchen Sühnegrund der Strafe. Sie schützt die Sicherheit der herrschenden Arbeiter und Bauern durch Maßnahmen, die den Verbrechertum nicht in Form einer Strafe, der Zusperrung eines mündigen Verbrechens treffen wollen. Daß sie, solange sie ihre Existenz gegen die Kontinentalrevolution der ganzen Welt verteidigen muß, solange die Verführer der Welken und Reformisten aller Länder sie bedroht, auch auf den Tod als Abwehr nicht verzichten kann, bleibt nur den Sozialdemokraten unverständlich, die als Minister unbedenklich mit der Todesstrafe des Artikels 38 gegen die Arbeiter regiert haben, und, wenn es im Interesse der Bourgeoisie nottut, wieder regieren werden.

Die Abstimmung über die Abschaffung der Todesstrafe wurde ausgeführt. Sie soll erst im Zusammenhang mit der Regelung der Sicherungsverwahrung und der anderen Freiheitsstrafen vorgenommen werden. Denn der Ausschussvorsitzende, Professor Naß, will vielmehr für die Abschaffung der Todesstrafe stimmen, wenn ein Mörder für seine Lebenszeit im Zuchthaus oder in der Sicherungsverwahrung bleibt. Die Erhebung der Barbare der Todesstrafe durch die Unmenslichkeit der lebenslangen Einsperrung, das zeigt deutlicher als alles andere die vollkommene Ausweglosigkeit des bürgerlichen Strafrechts.

Die Suche nach dem Raubmörder Seidger

21. Düsseldorf, 26. Oktober. Im Polizeibericht über die am Mittwoch erfolgte Durchsuchung der Umgebung von Bentah, in der sich angeblich der Raubmörder Seidger aufhalten sollte, wird noch mitgeteilt, daß die Polizeikommandos, als sie sich nach der erfolglosen Suche bereits auf der Rückfahrt befanden, die Nachricht erhielten, Seidger habe sich bei Baumberg auf. Eine Durchsuchung des in Frage kommenden Gebietsbereichs wurde sofort angeordnet, führte jedoch zu keinem Ergebnis. Offenbar erfolgte dies die Durchsuchung der Umgebung der Schreiblings-Mühle, die auf Grund der Aussagen eines Straßenbahnfahrers vorgenommen wurde.

Ein deutscher Dampfer auf Grund gelaufen

21. Rom, 24. Oktober. In der Nähe des Kap Spartivento an der Südküste von Sizilien ist ein deutscher Dampfer mit etwa 150 Passagieren an Bord 100 Meter von der Küste entfernt auf Grund gelaufen. Italienische Schlepper sind zu Hilfe geeilt, um den Dampfer, dessen Name in Rom noch nicht bekannt ist, wieder flott zu machen. Da dies nach den bisher vorliegenden Nachrichten noch nicht gelungen ist, werden die Passagiere von einem anderen Dampfer übernommen werden.

Schweres Einbruchsglück in Köln

Köln, 26. Oktober. Am Dienstagabend erfolgte Ecke Venloer- und Bismarckstraße der Einbruch einer Kanalarbeiter, die zur Anlegung einer Glas-Entwässerung für die Straßenbahn ausgeschickt wurde. Von zwei in der Grube beschäftigten Arbeitern konnte sich nur der eine noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der andere wurde verhaftet, doch lag sein Kopf frei, so daß ihm Stützungsarbeiten gerichtet werden konnten. Erst am Mittwochmittag, nach 14stündiger Tätigkeit, konnte der Arbeiter aus seiner furchtbaren Lage befreit werden. Es war jedoch bereits zu spät, denn kurz zuvor verfiel der Unglückliche, anscheinend infolge Herzlähmung, der Bergungslücke hatte während der ganzen Zeit das Bewußtsein nicht verloren.

Ein Schiff mit 45 Mann Besatzung untergegangen

21. London, 26. Oktober. Nach Meldungen aus Philadelphia wird das amerikanische Tankerschiff „D. C. Reid“, 3674 Tonnen, mit einer Besatzung von 45 Mann vermisst, das im vergangenen Monat von Java nach Philadelphia aufgefahren war. Man glaubt, daß es im Sturm untergegangen ist.

Ein tschechisches Militärflugzeug in ein Haus gekürzt

Prag, 26. Oktober. Ein Militärflugzeug stürzte am Mittwoch über der Stadt Prerau ab und schlug auf das Dach eines Wohnhauses. Das Flugzeug hing in dem Augenblick, als es das Dach durchschlug, Feuer, wobei auch das Dach in Brand geriet. Das Feuer konnte jedoch bald gelöscht werden. Der Pilot, ein gebürtiger Prerauer, wurde völlig verbrannt aus den Trümmern des Flugzeuges geborgen.

Neue Zusammenstöße in Budapest

Budapest, 24. Oktober. Am Dienstagabend kam es zwischen Studenten und Arbeitern zu neuen Zusammenstößen. 200 Demonstranten wurden verhaftet. Unter einer Toreinfahrt auf dem Ellfaderberg wurde eine Handgranate gefunden.

Der polnische Staatspräsident in Posen-Oberschlesien

Warschau, 23. Oktober. Montag nachmittag traf der polnische Staatspräsident in Begleitung des Handelsministers Kwiatkowski in Oberschlesien ein und besichtigte zusammen mit dem Wojewoden die Städtewerke in Chorzow. Am Dienstagnachmittag kehrt der Staatspräsident nach Warschau zurück.

Aus der Partei

In der am 21. Oktober stattgefundenen Arbeitsgebietkonferenz des KPD, Oberschlesien von Groß-Ostendburg wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Funktionäre des KPD, von Groß-Ostendburg stellen sich einheitlich hinter den Beschluß der Exekutive zur innerparteilichen Lage der KPD, und stimmen der Entschliessung der KPD vom 14. Oktober 1928 zu. Sie verurteilen die Angriffe der Genossen Thälmann, Hauke usw., die sich gegen die Linie der Partei richteten und bezeichnen diese Vorfälle als antikommunistisch und lehnen sie entschieden ab.“

Genosse Thälmann vor den Hamburger Arbeitern

Gewaltige Kundgebung zum 5. Jahrestag des Hamburger Aufstandes

Klaglicher Zusammenbruch der Verleumdungslampagne

Hamburg, 23. Oktober. Keine Verleumdung noch die verurteilte Feste der Sozialdemokratie und der Verräter an der Partei haben es vermocht, das Vertrauen der Hamburger Arbeiterschaft zu ihrem alten Führer Ernst Thälmann zu erschüttern. In einer Demonstrationsversammlung, wie sie Hamburg seit Jahren nicht gesehen hat, bekräftigte das revolutionäre Proletariat ihm erneut sein volles Vertrauen.

Der sozialdemokratische Polizeigenator Schönfelder hatte offenbar selbst kein richtiges Vertrauen zur Lügenkampagne seiner Partei; er verbot die ursprünglich vorgesehene Demonstration unter freiem Himmel. So konnte nur eine Versammlung im großen Saal von Engelke stattfinden, dem größten Saal Hamburgs. Lange vor Saalöffnung schauten sich unübersehbare Massen auf der Straße. Schon eine Stunde vor der angeetzten Zeit mußte der KPD, alle Kräfte heranziehen, und nur durch die beispiellose Diszipliniertheit der Arbeitermassen konnten bei dem furchtbaren Andrang Unfälle vermieden werden. Der Saal war im Nu überfüllt, neu anrückende Menschenmassen konnten keinen Einlass mehr finden und mußten umkehren.

An der Spitze der Fahnenlegationen ging Genosse Thälmann durch das Spalier der KPD-Kameraden, unter den jubelnden Zurufen der Massen, durch den Saal. Als Genosse Thälmann das Podium betrat, erreichte der Beifallssturm seinen Höhepunkt. Am Anfang seiner Rede ging Genosse Thälmann kurz auf die Beschlüsse des KPD, ein und kennzeichnete die Methoden der Panzerkreuzer-SPD, die, um die Arbeiterschaft von ihren neuen Verrätern abzulenken, mit Hilfe von Parteiverrätern den Fall Wittorf zu einem Generalangriff auf die Vorhut des Proletariats benutzte. In glänzender Weise schilderte Genosse Thälmann dann die Oktoberkämpfe 1923. Er zog die Parallele zwischen der damaligen Situation und heute. Mit großer Spannung folgten die Anwesenden den Ausführungen über die internationale Situation, über die großen Streiks, die überall in der kapitalistischen Welt ausbrechen. Kampfschlüssen riefen sich die Arbeiter, als Genosse Thälmann von den gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben sprach, von der drohenden Kriegsgefahr und der kommenden Revolution. Ungeheurer Jubel brach los bei seinen Schlussworten: „Wir werden erneut auf die Bar-

rikaden steigen, und dann werden wir die proletarische Diktatur erkämpfen!“ Pontan erhob sich die Versammlung und sang die Hymne an die Freiheit.

Die Polizei versuchte nach bekannter Manier durch ein äußerst provokatorisches Vorgehen die nach Hause strömenden Massen zu reizen. Diese Provokationen scheiterten jedoch an der Geschlossenheit und Disziplin der Arbeiter.

Tolle Sabotage des Volksbegehrens

Wieder ein Ort ohne Einzelnungsmöglichkeit für die Bevölkerung

Täglich werden neue Tatsachen bekannt, die das Durchkreuzen selbst der unter dem Massenbruch angeordneten Einzelnungsvorschriften zum Volksbegehren durch die Dorfbourgeoisie drastisch beleuchtet. Aus Altenbach im Obenwald wird uns gemeldet, daß der Zentrums-Bürgermeister und der demokratische Ratschreiber die Einzelnungsfrist von 10-18 Uhr festhielten, obwohl oder weil gerade um diese Zeit das Dorf fast ausgestorben ist. Denn bis auf vier Kleinbauern fährt alles frühmorgens in die benachbarten Städte zur Arbeit, um erst nach 18 Uhr abends zurückzukehren. Dadurch war die Einzelnung der Bevölkerung unmöglich gemacht.

Aber es kommt noch schöner. Als am Sonntag, dem 13. Oktober, ein Benz-Prolet sich um 15 Uhr, also zu einer Zeit, wo die Läden geschlossen waren, eintragen wollte, fand er das Rathaus verriegelt. Auf seine Beschwerde wurde ihm geantwortet: „Ja, der Ratschreiber mußte nach Hlodenbach und der Ratschreibergehilfe ist heute bei der Jagd des Herrn Freudenberg als Kreiber beschäftigt!“

Mit solchen Mitteln der Sabotage, verstärkt durch den Terror sozialdemokratischer Polizeipräsidenten und die Entlassungsdrohungen der Großagrarien und Unternehmer, hat die kapitalistische sozialdemokratische Einheitsfront erreicht, daß die notwendige Stimmenzahl für das Volksbegehren nicht aufgebracht wurde.

Erotik und Spionage

in der Etappe Gent Von Heinrich Wandt

(Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Leutnant Hermann Hummel

Als nach mehr als dreijähriger Wirkwirtschaft in der Etappe Gent der Skandal zum Himmel stank und die Eiterbeule der Offizierskorruption durch die Sanjert-Sache aufgestochen wurde, war Leutnant Hermann Josef Hummel aus Augsburg am See, ein waischlechter Bahwars, einer der ersten Schieberoffiziere, die durch diese Geschichte in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der sogenannte Professor Gense, ein überbelebender Niederländer, der von den deutschen Militärbehörden als Epizel benützt wurde und für unser Geld nicht nur Belgien, sondern auch die Herrensangehörige an das Messer lieferte, erschien am 1. Februar 1918 unaufgefordert beim Kriegsgericht der Etappen-Kommandantur Gent vor dem bekannten Kriegsgerichtsrat Dr. Autenrieth und gab die folgenden Angaben über den Leutnant Hummel zu Protokoll:

Hummel hat mir am Tage der Festnahme von Sanjert gesagt, daß viele Offiziere verloren seien, wenn Sanjert spreche. Hummel schickte jede Woche eine Ordonnanz mit Fleisch nach Brüssel, wo er die Frau des französischen Offiziers (Barbeau) zur Mätresse hat.

Er gibt für diese viel Geld aus! Er hat sich auch schon Gemälde in Belgien gekauft und diese, was mir auffiel, nach der Festnahme des Sanjert abnehmen lassen und mich bestimmt, dieselben bei mir aufzubewahren. Ich mußte durch mein Dienstmädchen die Gemälde abholen lassen, weil er erklärte, ein Soldat dürfe das nicht wissen. Dieses Verhalten fiel mir auf.

Im Frühjahr 1918 sprach Leutnant Hummel, dem ich Sprachunterricht erteilte, während der Unterrichtsstunde, wie schon öfters, wieder von Geld verdienen und fragte mich dabei, ob ich nicht auch viel Geld verdienen könne.

Auf meine Frage: „Auf welche Weise?“ erwiderte er: „Nur mit Schnapsge halten“, d. h. ich müßte schwelgen können.“

*) Diese Madame Barbeau fand, wie allerdings erst nach dem Wahnsinnigen geschah, im antihierischen Nachrichtenblatt.

„Der militärische Polizeichef der Stadt Gent
Igh. Nr. 1668
Gent, den 1. März 1918

In das Gericht der Etappen-Inspektion 4
des Herrn Kriegsgerichtsrat Dr. Gahner
Am 2. Februar 1918, mittags 12 Uhr, wurde auf Grund eines schriftlichen Haftbefehls der Etappen-Inspektion 4 der Leutnant Hummel vom Wirtschaftsausschuß wegen Verdachts der unerlaubten Bereicherung im Geschäftszimmer des Wirtschaftsausschusses, Kontor 9, verhaftet.

Zu seiner Gegenwart wurde befehlsgemäß sein Büro und seine Wohnung, Nijverij 120, durchsucht.

Es wurden eine Anzahl Schriftstücke beschlagnahmt und in ein Paket zusammengepackt dem Wirtschaftsausschuß übergeben.

Der Leutnant Hummel wurde dann in das Kommandanturgefängnis, Rue de Wandeling, überführt.

Der Militärische Polizeichef:
Tiedemann, Major.“

Leutnant der Landwehr Hermann Josef Hummel, der am 29. November 1875 zu Augsburg geboren war und dort als derbetateter Baumwollagent lebt, setzte sich am 7. Februar 1918 in einem längeren Schreiben an den damaligen Etappen-Inspektor, General der Infanterie Emil von Eschaff und Reudorf, gegen die Anklagebeschuldigungen des Epizels Gense zur Wehr und stellte ihm dabei folgendes Zeugnis an:

„Der Sprachlehrer Gense war früher Redakteur des Blattes „De Breesde“ in Warregem bei Kortrijk.

Damals war er für die Sache der Flamen! Jetzt ist er ein Renegat der schlimmsten Sorte. Wegen seines schlechten Charakters gab sein Hauptmann Dietrich (der bekannte Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der sich in der schönen und so kugelreichen Etappe Gent als der sehr hochmütige Vorstand des Wirtschaftsausschusses der 4. Armee das Eisen Kreuz erster Klasse „verdiente“) und Leutnant Thüring die französischen Stunden bei ihm auf.

Zu der jetzt von uns so stark betriebenen Flamenpolitik ist Gense ein großer Schadener!

Er sagte zu mir: „Was glauben Sie, was ich für ein Heiden-geld verdienen könnte, wenn ich jetzt nach Holland ginge und dort „Brieve eines Rentiers“ gegen die deutsche Flamenpolitik schreiben würde für die neutrale und feindliche Presse?“

So ein nichtswürdiger Feind darf bei deutschen Offizieren weiter französischer Stunden geben. Er horcht die Leute in schamloser Weise

aus und leistet auch für die Offiziere Zuhälterdienste schlimmster Sorte!

Ich schreibe dies nicht, weil Gense der Grund zu meinem mich betreffenden Unglück ist, daß ich jetzt in Haft sitze, denn er kann von mir gar nichts wissen.

Die angeblichen Mißstände, die im Wirtschaftsausschuß durch die Hilfe dieses Herrn Gense aufgedeckt sein sollen, stehen in keinem Verhältnis zu der eminenten Gefahr, die dieser Mensch für das Deutsche Reich bedeutet. Präsident Eder, der preußische Landrat von Winsen, warnte schon vor Jahren vor ihm.“

„Der Präsident der Zivilverwaltung
für die Provinz Ostflandern
Gent, 12. Febr. 1918.
per. 107

U. der Etappen-Inspektion 4, Gericht
Gense ist mir seit 1914 bekannt und mir stets als Kuppler und unzuverlässige Persönlichkeit geschildert worden. Ich habe daher meinen Beamten verboten, Unterricht bei ihm zu nehmen, und, soweit ich konnte, vor ihm gewarnt, anscheinend ohne Erfolg, da er, wie ich höre, auch jetzt noch deutschen Offizieren Unterricht erteilen soll. Dadurch erhält er leicht Kenntnis von wichtigen Vorgängen in der Etappe.

Gense ist eine gefährliche und charakterlose Persönlichkeit, die sich von beiden Parteien zu Spionagetwecken gebrauchen läßt.

Eder.“

Gense, der am 18. Februar 1918 vom Kriegsgerichtsrat Gahner, dem Nachfolger Dr. Autenrieths, wieder vernommen wurde, erklärte dabei unter anderem, daß noch Major Tiedemann, der Chef des Feldgendarmetrupps und militärische Polizeichef der Stadt Gent, Major Roland, der Vorstand der Subdirektion 4, Kriegsgerichtsrat Dr. Hansi und eine Reihe anderer bekannter Genter Etappenoffiziere, wie Hauptmann Jacobi aus Friedenau, der Liebhaber der verwitweten Gastwirtin Van den Bossche, und Leutnant Cool aus Berlin, der Geliebte der Blanche Clement, die später als belgische Spionin ausgezeichnet worden ist, von ihm Sprachunterricht erhielten.

Auch hänge seine Klamme noch immer in den Geschäftszimmern der Etappen-Inspektion aus.

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Die Front gegen den Panzerkreuzer

Einige Lehren aus Volksbegehren

P. L. Der Panzerkreuzer-Sozialist Koltz, einer der offenen Bestürmter der Ausschüsse des neubildeten Imperialismus, überläßt sich dem Freuden über die „furchtbare Niederlage“, die die kommunistische Partei erlitten hat. Er schloß sich sogar in einem seiner vielen Schreie, daß das Volksbegehren gezeigt habe, daß nur allein die SPD. imstande sei, die Arbeiter zu führen. Nun, natürlich haben einige seiner Leser eine etwas andere Auffassung von den Dingen, und es ist ja nicht das erstemal, daß auch sozialdemokratische Arbeiter die Weisheiten des Koltz als unverwundlich für sie abgelehnt haben. Denn diese Weisheiten des Herrn Koltz stehen sehr oft in hartem Widerspruch zu den Tatsachen. Jeder, auch der einfachste Arbeiter, versteht, daß die Sozialdemokratie, indem sie für die Abhängen des deutschen Imperialismus eintritt, auf die Arbeiterinteressen zu verzichten. Und selbst Herr Koltz hat es nicht fertig bekommen, die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß der Bau von Panzerkreuzern ein Schritt vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus ist. Jeder Arbeiter fleht, das ist ein Schritt vorwärts zu einem neuen Kriege, den die SPD-Führer mit vorbereiten helfen. Wenn auch heute noch große Teile der Arbeiter sich nicht darüber klar sind, daß sie, wenn sie sich der Führung der SPD. anvertrauen, von dieser von neuem auf die Schladfader des Imperialismus geführt werden, so wird ihnen diese Erkenntnis doch allmählich aufzukommen. Herr Koltz dürfte nicht wenig dazu beitragen. Schon jetzt muß sich jeder Arbeiter sagen, daß das ein eigenartiger „Arbeitervertreter“ ist, der sich darüber freut, daß das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau nicht erfolgreich war. Wenn Koltz und die anderen SPD-Strategen behaupten, sie freuen sich deshalb über die Niederlage der SPD., weil das Volksbegehren gegen die SPD. gerichtet gewesen sei, so wird damit nur klar, daß die SPD-Führer den Bau von Panzerkreuzern als eine Angelegenheit betrachten, die gewissermaßen zu einem Programm von Koltz gehört. Damit sie zweifellos die Wahrheit gesagt haben.

Wie ist es aber nun mit der „furchtbaren Niederlage der Kommunisten“? Die sozialdemokratischen Panzerkreuzerbauer mögen sich darauf bei den Arbeitern haken, die durchaus nicht der Meinung sind, daß die SPD. eine Niederlage erlitten hat, sondern ganz klar sehen, daß die kommunistische Partei allein nicht stark genug war, die geschlossene Front von den Sozialnationalen bis zur Sozialdemokratie zu schlagen. Wenn das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer scheiterte und die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie frohlocken, so nur deshalb, weil sie glauben, einen Freidies für alle zukünftigen Kämpfe erhalten zu haben. Über die Herrschaften täuschen sich über den Charakter der „Niederlage der Kommunisten“. Sie begehen den Fehler, daß sie alle, die nicht zum Volksbegehren gingen, in ihre Front der Kriegsrüstungen einreihen. Die Koltz u. Co. haben bereits den Sturm der Entrüstung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Panzerkreuzer verlesen, sie glauben, weil die sozialdemokratischen Arbeiter nicht am Volksbegehren teilnahmen, die Krise in den eigenen Reihen überwunden zu haben, und daß sie nun abermals die eigenen Anhänger betrügen könnten. Nun, wir werden das sagen, daß dies ihnen nicht so leicht gelingen wird. Wir werden ihnen noch oft die Gelegenheit geben, sich in der einbestimmten Form für die Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus belassen zu müssen. Schon das von uns eingeforderte Volksbegehren stellte die SPD-Führer vor die Zwangsfrage: Für oder gegen den Panzerkreuzer? Die SPD-Führer ohne Unterschied haben sich gegen das Volksbegehren und damit für den Panzerkreuzer entschieden. Ihr Inbildegeheul über die „Niederlage der Kommunisten“ kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen.

Wenn das Volksbegehren nur den einen Erfolg gehabt hätte, die Stellung der SPD-Führer zu den Rüstungen des deutschen Imperialismus allen Arbeitern klar aufzuzeigen, so wäre das an sich schon ein bedeutender Erfolg. Die Aktion des Volksbegehrens hat allen Arbeitern klar gezeigt:

Die einzige Partei, die den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und gegen die Kriegsrüstungen führt, ist die kommunistische Partei, während die SPD-Führer, die „Linken“ wie die rechten, ausnahmslos für den Panzerkreuzer, für die Aufrüstung des neubildeten Imperialismus, für den Krieg gegen die Sowjetunion sind. Natürlich dürfen wir an der ersten Tatsache, warum so viele Arbeiter unserer Partei nicht folgten, nicht vorbeigehen, sondern sie zum Anlaß nehmen, um ernsthaft zu prüfen, wo die Ursachen

einer solchen Erscheinung liegen. Von vornherein muß da gesagt werden, daß die Teilnahmslosigkeit breiter Massen auf die Unkenntnis zurückzuführen ist, die bei vielen Arbeitern noch über die Kriegsrüstungen der Imperialisten und über die drohende Kriegsgefahr besteht. Die bürgerliche Klasse hat ein Monopol auf die Nachrichten, auf die Zeitungen, und damit ein Monopol auf die Beeinflussung der Massen. Daß sie dieses Monopol nur in ihrem Sinne, nur zur Erreichung ihrer Interessen anwendet, hat sie während des Volksbegehrens gezeigt, da sie in ihrer Presse einfach vorgeschwiegen hat. Hätten die bürgerlichen Zeitungen versucht, die Arbeiter, von denen sie noch zu Millionen gelesen werden, vom Volksbegehren abzuhalten, so hätten sie dies nicht tun können, ohne zugleich die Arbeiter über den Zweck desselben aufzuklären. Es ist sicher, daß dann viele Arbeiter gegen den Bau der bürgerlichen Presse gehandelt und sich entsprechend ihrem Klasseninteresse für das Volksbegehren entschieden hätten.

Ein weiterer Umstand, der der bestehenden Klasse zustatten kommt und der ebenfalls seine tiefere Ursache in der kapitalistischen Ordnung hat, ist die sogenannte Indifferenz breiter Arbeitermassen, die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage. Diese Gleichgültigkeit ist aber nicht eine persönliche Schwäche Eigenschaft des einzelnen Arbeiters, sondern eine Folge der Existenzbedingungen, unter denen der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft zu leben gezwungen ist. Die meisten Arbeiter sind so von Not und Sorge bedrückt und werden so unmenslich von den Kapitalisten ausgebeutet, daß sie gar nicht Zeit finden, über die Politik, das heißt über ihre Stellung zu den Kapitalisten und deren Staat, nachzudenken. Deshalb bleiben sie nicht nur den Aktionen der kommunistischen Partei fern, sondern beteiligen sich überhaupt nicht an Politik.

Die bestehende Klasse aber und die SPD-Führer versuchen Kapital aus dieser Tatsache zu schlagen. Sie prunken mit der Demokratie, in der angeblich alle gleichberechtigt sind und mittels der demokratischen parlamentarischen Einrichtungen über die Politik „entschieden“. Sie verschweigen, daß wirtschaftliche Knechtschaft auch die geistige bedingt.

Von dieser geistigen Knechtschaft macht sich in der kapitalistischen Gesellschaft immer nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse frei, und zwar der Teil, der sich in der kommunistischen Partei organisiert und bemüht den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führt. Seine Aufgabe ist es, die anderen Arbeiter aufzuklären, ihnen die Zusammenhänge der kapitalistischen und sozialdemokratischen Politik klarzumachen und den Weg zu zeigen, der sie aus ihrem Elend führt.

Die kommunistische Partei ist der am weitesten fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse, der die gleichen Interessen wie die gesamte Arbeiterklasse hat, der die Arbeiterklasse führt und ihren Kampf leitet. Die sozialdemokratischen Führer und die reformistischen Gewerkschaftsführer dagegen versuchen heute den Arbeitern weiszumachen, daß ihre Interessen nicht im Kampfe gegen die Bourgeoisie, sondern in der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (Wirtschafts-demokratie, Koalitionsregierung u. a.) bestiebt werden können. Die sozialdemokratischen Führer besorgen damit aber nur die Geschäfte der bestehenden Klasse, die allein ein Interesse daran hat, daß die Arbeiter nicht kämpfen und sich weiter ausbeuten und als Kanonenfutter in künftigen imperialistischen Kriegen zu Ehren kapitalistischen Profits verwenden lassen.

Wenn es den vereinten Anstrengungen der Bourgeoisie, ihrem Staatsapparat und der Sozialdemokratie diesmal noch gelungen ist, die Arbeiter im Unklaren über ihre wirklichen imperialistischen Ziele zu lassen und durch Sabotage, Verleumdungen, Terror und Fälschungen die kommunistische Partei die Stärkung der Front gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen zu verhindern, so sagt das andererseits, daß die kommunistische Partei ihre Agitation und Propaganda gegen die imperialistische Kriegsgefahr verdoppeln muß, daß sie alle Anstrengungen machen muß, um die Arbeiter aufzuklären, sie für den antiimperialistischen Kampf zu gewinnen und diesen Kampf zu organisieren.

Wenn die SPD-Presse die jetzt gegen den Panzerkreuzerbau abgegebenen Stimmen mit denen für die Entleerung der Fürsten abgegebenen Stimmen mit den für die Entleerung der Fürsten abgegebenen Stimmen zu konstruieren, so zeigt das nur die Hohlheit der Argumentation der Panzerkreuzer-Sozialisten.

Diese 1 1/2 Millionen Arbeiter, die sich schätzungsweise trotz der vereinten bürgerlichen und sozialdemokratischen Hege für das Volks-

begehren eingetragen haben und die von der bürgerlich-sozialdemokratischen Klasse als Kommunisten verschrien wurden, werden gemeinsam mit der kommunistischen Partei den Kampf gegen die Rüstungen der Imperialisten und gegen die Kriegsrüstungen weiterführen. Und diese Front wird wachsen und festgen.

Kreuzburg

Sabotage

Jetzt erst wird folgende Sabotage des Volksbegehrens gegen Panzerkreuzerbau in Schmarbi bekannt. Bis zum 16. 10. alle bis zum letzten Tage, legte der Betriebsrat des Dominikus-Nieder-Schmarbi die Risten nicht aus. Er sagte den Arbeitern, er habe keine Belammen. Erst am 16., nachdem die Gutbegehrte aufgelöst wurden, trat er für zum Gemeindevorsteher. Da hatte er sie auf einmal. Da sämtliche Arbeiter auf dem Felde arbeiteten, war es nicht mehr möglich, sich einzuschleichen.

Überfall auf ein Mädchen. Verspätet erhalten wir folgende Nachricht: Vergangene Woche wurde auf dem Nachhausewege von Kreuzburg nach Schmarbi ein Mädchen von jungen Menschen überfallen. Mit Hilfe von Passanten konnte es sich jedoch erfolgreich verteidigen. Die bürgerliche Presse stellte den Vorfall so hin, als wenn es Arbeiter gewesen wären und forderte strenge Bestrafung. Es sollte sich heraus, daß einer der Hauptbeteiligten ein Schmarbi F. aus Schmarbi war. Wir sind gespannt, was der Staatsanwalt tun machen wird.

Oppeln

Arbeitslose haben zweimaliges Stempeln erreicht

Am Montag, den 20. Oktober, wird die Stempelpolitik beim Arbeitsamt Oppeln auf zweimal und die Auszahlung reduziert. Dies geschieht infolge eines Antrages, den die Arbeitslosen durch unseren Genossen Schulz und auf seine Initiative einreichten. Es ist noch bekannt, daß sich die Gewerkschaften auf hohe Pferd setzten und die Arbeitslosen im Stich ließen. Trotzdem haben aber die oppositionellen Gewerkschaftler sich nicht abhalten lassen und sind entgegen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern für die Arbeitslosen eingetreten. Es ist erreicht, und die Arbeitslosen mühten erkennen, wo er für sie kämpft. Mit dem Erkennen allein, Arbeitslose, ist jedoch noch nichts getan. Wir fordern euch auf, sofort bei Arbeitsaufnahme einer freien Gewerkschaft beizutreten und den oppositionellen Flügel in dieser zu stärken!

Arbeit für ausgekehrte Arbeitslose

Ende Oktober und Anfang November steht wieder eine ganze Anzahl Arbeitsloser vor der Ausschauung. Obwohl Notstandsarbeiten vorhanden sind, wird der größte Teil nicht in Arbeit vermittelt. Ein Arbeitsloser darf nur 13 Wochen Notstandsarbeit machen, und die 13 Wochen haben die meisten schon rum. Zum neuen Unterstufungsbezug wird aber der Nachweis von 28 Wochen Arbeit benötigt. Diese Arbeitslosen stehen also jetzt wieder ohne jede Lebensmöglichkeit da. Genosse Schulz wandte sich bereits an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses beim Arbeitsamt, damit diese bei der Regierung eine Verlängerung der Arbeitswoche für die Notstandsarbeiter beantragen. Das ist auch geschehen, jedoch in der deutschen Panzerkreuzer-Republik gehen diese Maßnahmen für Arbeiter einen sehr weiten Weg. Die Zeit drängt. Die Stadt hat augenblicklich auch keine nennenswerten Arbeiter. Die Arbeitslosen dürfen aber auf keinen Fall auf der Straße mittellos dastehen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird darum bei der Sitzung des Stadtparlamentes auch einen Antrag einbringen, der die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für ausgekehrte Arbeitslose verlangt.

Ost-Oberschlesien

Ablehnung eines Schiedsspruchs. Der Arbeitgeberverband hat den Schiedsspruch für die Angestellten der Schwerindustrie, der ihnen ab 1. September 1928 eine 8 1/2prozentige Lohnerhöhung zusprach, abgelehnt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Oppeln. Freitag 19 Uhr Mitgliederversammlung der Partei im bekannten Lokal.

Deutsch. Freitag 19 Uhr im Lokal Neumann Ortsleitung mit den Zelleneleitern.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz. Freitender. Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal Dählionsabend. Thema wird noch bekanntgegeben. Gäste willkommen.

Um die Staubkrankheit der Bergarbeiter

Seit Jahren wird um die Frage, ob die sogenannte Gesteinsstaubkrankheit eine Krankheit im Sinne der Unfallversicherung, also als eine Berufskrankheit der Bergarbeiter anzusehen ist, ziemlich hart gestritten. Die Bergarbeiterschaft hat diese Forderung von jeher gestellt. Eine Heilbehandlung der erkrankten Lungen ist nach ärztlichen Feststellungen unmöglich. Der Haupterfolg des Kampfes gegen die Staubkrankheit liegt in der Verhütung. Der Hohlraum ist deswegen so gefährlich, weil er schatfahrig ist, wodurch ganz feine Verlegungen der Lunge

hervorgehoben werden. Gleichzeitig enthält er Kieselsäurebeimengungen, wodurch die Krankheit noch ganz besonders gefährdet wird.

Die Erkrankung der Lunge macht sich nicht sofort bemerkbar. Jahrelang gehen die Bergarbeiter mit einer Staublunge umher, ohne daß man ihnen diese Krankheit äußerlich ansehen kann. Plötzlich tritt diese Krankheit aber in einer verheerenden Form auf. Das bedeutet in fast allen Fällen, daß der von der Krankheit Befallene nur noch kurze Zeit zu leben hat. In sehr vielen Fällen tritt die Staublunge noch zu betruhlöse hinzu.

Die Tuberkulose tritt bei Gesteinsstaubern viermal so häufig auf als bei Kohlenbauern. Wie schon gesagt, eine Heilung der Gesteinsstaubkrankheit ist unmöglich. Die vorbeugenden Maßnahmen müssen daher auf die Vermeidung der Staubeinwirkung sowie auf die Staubeinseitigung gerichtet sein. Auch die persönliche Sicherheit muß in den Kreis der Forderungen gestellt werden.

Seit einigen Jahren sind bekanntlich die Gesteinsstaubmaschinen eingeführt. Bei der bisherigen Handhabung derselben blieben sie nur einem geringen Schutz. Es muß durchgesetzt werden, daß die Arbeiter verläßt, nicht mehr an einem anderen demagogisch wird, sondern derselbe eine andere Maske ausgehandigt bekommt. Die Kosten, die hierbei entstehen, sind absolut tragbar. Man kann es keinem Arbeiter unmögen, daß er die von einem anderen getragene Maske sich auf

sein Gesicht stülpt. Hat er aber eine ungetragene Maske erhalten, so wird er sie bestimmt benutzen. Vom hygienischen Standpunkt aus ist die Forderung, jedesmal eine neue Maske zu verabschieden, nur zu berechtigt. Nach Erklärungen von Gesteinsstaubarbeitern kann die Maske nicht immer getragen werden. Es hat sich als unmöglich herausgestellt, Bohren und Steineladen zu gleicher Zeit mit der Maske auf dem Gesicht durchzuführen. Das Gedinge ist heute derart, daß die Arbeiter, z. B. in Querschlägen, nicht hintereinander, sondern z. B. gleichzeitig zu arbeiten müssen. Wenn die eine Hälfte der Partie bohrt, so ist die andere Hälfte gezwungen, Steine zu laden. Der die Bohrmaschine bedienende Bergmann kann ohne Zweifel dabei die Maske benutzen, während sein Kumpel, der hinter ihm am Steineladen ist, unmöglich mit der Maske auf dem Gesicht laden kann. Da er das aber muß, ist er wider Willen gezwungen, die Maske abzunehmen. Das bedeutet, daß er

dem Hohlraum vollständig ausgesetzt

ist. Also ergibt sich hieraus die Forderung, daß die Belegschaft des betreffenden Betriebspunktes entweder geschlossen bohrt oder geschlossen Steine ladet. Dem steht zuwider

das Gebingehystem.

Noch ein weiterer Uebelstand, zu dem die Gesteinsstaubarbeit durch das gebingehystem gezwungen werden, ist folgender: Für gewöhnlich wird ein ganzer Abschlag — 20 und mehr Schuß — auf einmal zum Abschluß gebracht. Der hierbei entstehende Geschoßqualm verlegt sich infolge der in der Regel mangelhaften Bewitterung des Arbeitsortes nur sehr langsam, manchmal sogar erst nach einigen Stunden. Da aber das Gebinge auf jede Minute Arbeitsleistung berechnet ist, bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als nach dem Abschluß sofort an die Arbeit — Steine laden — zu gehen. Da die Arbeit des Steineladens eine der schwersten ist, so wird dabei mit voller Lungentraft gearbeitet. Hierbei muß tief Atem geholt werden — und die Folge ist Einatmung gewaltiger Mengen Nachschwabens, die die Lunge im Laufe der Jahre ganz gemächlich ruinieren. Wenn nun die Lunge durch den schatfahrigsten Gesteinsstaub aufgerissen

wird und sie noch den heißen Pulverbampf verarbeiten muß, so darf es keinen wunder nehmen, wenn die Lunge nach einigen Jahren den Dienst verläßt. Daher muß auch der von dieser Seite drohende Gefahr mehr Beachtung geschenkt werden. Die Bergbehörde muß schärfere Richtlinien für die Bewertung der Gesteinsbetriebe, hauptsächlich in den Querschlägen und Nichtstrecken, herausgeben. Auch müßte verboten werden, die Arbeitsstelle nach dem Abschluß zu betreten, bevor der Pulverbampf abgekühlt, da der heiße Qualm für die Lunge bedeutend schädlicher ist.

Da ich nun bei dem Thema Gebinge angelangt bin, ist es notwendig, auch die Art der Gebingefestlegung zu beleuchten. Hier liegt der Hund begraben. Das Gebinge ist in den meisten Fällen

ein Schingebinge


und so gefest, daß trotz der größten Gefahrheit — daß dabei alle gesundheitlichen Regeln außer acht gelassen werden, ist nur zu klar — der Lohn nicht verdient wird.

Aber noch etwas anderes ist zu betrachten. Wenn nun bei der stattgefundenen Untersuchung der Gesteinsstaub für weitere Gesteinsarbeit untauglich erklärt wird, was dann? Hier muß der Arbeiter eine Entscheidung für sich selbst verlangen. Sämtliche Untersuchungen auch in den Fällen, wo Bergleute untersucht werden, bevor sie eine Gesteinsarbeit aufnehmen. Auf alle Fälle muß, wenn der Staubkrankheit ernsthaft zu Leibe gegangen werden soll, ein Gebingeschaffen werden, wo nicht das Wohlwollen der Bergverwaltung ausschlaggebend ist. Aber auch bei künftigen Tarifverhandlungen müssen für die Gesteinsarbeiter sechsstündliche, garantierte Gebingearbeit und Rühigungsgebühren durch die Gewerkschaft gefordert und erreicht werden. Nur wenn beides, ärztliche Maßnahmen und wirtschaftlicher Schutz, durchgeführt werden, nur dann besteht die Möglichkeit, die gefährliche Staubkrankheit zu dämmen und auf ein Minimum herabzudrücken. Darüber hinaus muß die Staubkrankheit sofort als Berufskrankheit erklärt werden. Allerdings wird auch diese Frage nicht am grünen Tisch gelöst werden, sondern die Bergarbeiter müssen darum kämpfen.

Vereinigte Theater
Löbe-Theater
 Von Sonnabend, den 20. 10.
 bis Sonnabend, den 27. 10.
 täglich 20 Uhr
 Uraufführung
 Die Tage
 der Geschwister Turbin
 von M. Bulgakow

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, d. 20. 10.
 bis Sonnabend, den 27. 10.
 täglich 20 Uhr
 Zum 1. Male
 Oelrausch
 von Jod Larric

Hutmacher
 Kaiser-Wilhelm-Straße 12
eröffnete
 Schweidnitzer Straße 53
 (früher Café Schuster)
 Erstklassiges Konditorei-Bestell-
 und Versandgeschäft
 Tel.: Sammelnummer 39444

Wintermäntel

Joppen
 mit warm. Futter
 Herren-Bekleidung
 aller Art,
 preiswert u. gut
Erich Heckerle
 Friedr. Wilh.-Str. 76

Brennholz
Schwarten u. Säumlinge
 gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
 Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

Deine Einkäufe
 mache bei Inserenten dieser Zeitung
 Die anderen wollen dein Geld nicht!

Lederjacken
 69.—, 59.—, 49.— Mt.
Lederklappen, Handschuhe
Lombard-Warenhaus L. Hamburger
 Breslau, Gartenstraße 26, gegenüber der Markthalle

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Breslau
 Telefon Nr. 86800
 täglich 20 Uhr
**Die Herzogin
 von Obitago**
 Musik von
 Emerich Kalman

Bettfedern
 1 Oberbett
 und 2 Kissen
 17.50 20.50 35.—
 40.— 50.— 69.—
Federn des Pfand
 0.75 1.25 1.50
 2.50 3.— 3.50
 Tägliche Reinigung
 von Bettfedern
Rib. Dukas & Co.
 2 Neudorfstrasse 2
 Ecke Gartenstr.
 Telefon Nr. 30371

Gebett Betten
 25 und 40 Mat-
 rate Inletts
 verkauft
 Leihhaus, Oelsner Str. 12'

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Donnerstag, 20 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor
 Freitag, 19.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 4
Die Zauberflöte
 Sonnabend, 19.30 Uhr
 Einmaliges Gastspiel Ludwig Hofmann
 (Städtische Oper Berlin)
Margarete
 Sonntag, 15.30 Uhr
 Zu ermäßigten Preisen
Der Barbier von Seltia
 20 Uhr: Der Freischütz

Molkerei Hermann Walter
 Breslau, Gabelstraße 39
 Milch - Butter - Eier - Käse

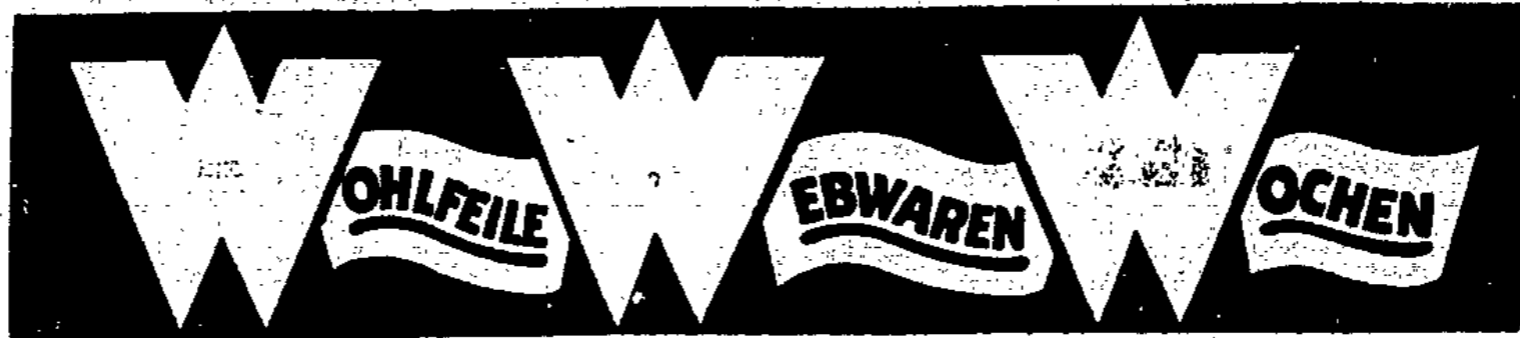
Direkt aus der Fabrik
 unser berühmter alter
Breslauer 35° p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandbergschnitt 2.80
 Ia 38° per Liter . M. 2.80
Jamaica-Rum-Bergschnitt
 38° per Liter . M. 2.80
Blutroter Südwine 1.25
 kräftig u. süß, per Ltr. M.
 Sämtliche Liköre und Weine zu
 unübertroffenen Preisen
Herzberg & Co.
 Höfchenstraße 48, Blücherplatz 17/18,
 Michaelisstraße 3, Klosterstraße 64,
 Leutchenstraße 10, Selenstraße 17

Leder - Schäfte - Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
 Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Gustav-Freytag-Str. 27
 bei
Theod. Böhm
 kauft man
Nasen auch halbe
Gänse
Wilde Kaninchen
Eier und Landbutter
 billig und gut

Kaufhaus Goldnes Zepher
 Breslau, Klosterstraße 47
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Wäsche, Strümpfe
 Crkotagen - Herren-Artikel

Möbel
 Küchen, komplett, 7-teilig
 Schränke, poliert, 2-teilig
Antikstühle, polierte Stühle
 Preisw. Schilf-Herren- u. Speisezimmer
 Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlege-
 stühle u. alle Art Einzel- u. Kleinförmel
Wiener & Dührig
 508 p. und Möbel / ca. detail, ca. gros
 Neudorfstr. 107 u. Weidnerstr. 10/20



**Ein Verkauf,
 von dem ganz Breslau
 sprechen wird!**

Für seine Vorbereitung haben wir die ganze Organisation unseres zentralisierten Großeinkaufs in Dienst gestellt, unsere Angebote werden deshalb auch etwas Außergewöhnliches darstellen. Aber achten Sie nicht nur auf die Preise, sondern prüfen Sie vor allem unsere ausgezeichneten Qualitäten.

**Besichtigen Sie bitte unsere neuen Schaufenster-
 Auslagen in den früher Esders'schen Gebäuden!**

Beginn: Sonnabend 27. okt.
LENDEMANN & G AG
 Breslau, OHLAUER STRASSE 71-73

Weihnachten
 reizende Neuheiten in Spielwaren, Christ-
 baumschmück, Uhren, Lederaschen
 Musikinstrumenten, Hausgeräten u. s. w.
 Reichhalt. Weihnachtskatalog gratis u. franko
 Burckmüller-Betriebe, Kreisensen W.Nr.

Parteilgenossen!
 Kauft nur bei den Inserenten
 Eurer Zeitung

Elektrische
 Beleuchtungskörper, Heiz-
 und Koch-Apparate
 Installations-Materialien
 Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Elektro - Montage - Ges.
 m. B. H.
Görlitz, Berliner Straße 60
 Telefon 145

Stuhrmann
 Das Haus für
 Herren-Bekleidung
Grünberg, Ring 21/22
 Telefon 602

**Ämtliche Bekanntmachung
 von Weißstein**
 Die Gemeindevertreter-Sitzung findet
 am Dienstag, dem 30. Oktober 1928,
 nachmittags 4 1/2 Uhr im Saale des
 Bürgerheims - Jugendheim - statt.
 Tagesordnung hängt im Gitterkasten
 des Amtsgebäudeausflurs aus.
 Weißstein, den 24. Oktober 1928
 Der Gemeindevorsteher
 gez. Hertwig

METALLBETTEN
MATRATZEN
 OHNE AUFSCHLAG
 BEI MONATLICHER RATENZAHLUNG
BEIER & OLOWINSKY
 G. M. B. H. HERRENSTR. 31.

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
 Bestattungs-Versicherung
 Ueberführung
 und Feuerbestattung
 Klosterstr. 97. Zweiggeschäft Grö-
 schener Str. 67. - Tel. 58747

Strumpf - Spezial - Haus
Carl Baumgarten
 Breslau
 Klosterstraße 85 Wahnhojstraße 7
 Günstiger Einkauf für
 Strümpfe, Wäsche, Garne, Schläpfer

**Arbeiter, Angestellte und
 Beamte**
 sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-
 kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien
 Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamten-
 bundes nur versichern bei dem eigenen Deutschen Beamten-
„Volkshürforge“
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
 Versicherungsaktiengesellschaft
 Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos
 die Rechnungsstellen in Breslau, Margaretenstr. 171,
 Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg,
 Sandstr. 1 Gleiwig, Postamtstraße 11, Herr Johann
 Wösch, Oppeln, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand
 der Volkshürforge in Hamburg 5, An der Alster 58/59

**Wir empfehlen
 unsere
 Buchdruckerei**
 zur Anfertigung
 von
 Werken
 Plakaten
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programmen
 Einlaßkarten
 Flugblätter
 Massenauf-
 lagen usw.
 Gute Ausstattung
 Niedrigste Preise
PEUVAG
 Papier-Erzeugungs-
 und Verwertungs-
 Aktien-Gesellsch. auf
 Berlin
FIL Breslau
 Trebnitzer Str. 50

Ämtl. Bekanntmachung von Weißstein
 Sitzung der Gemeindevertretung:
 Dienstag, den 30. Oktober 1928, nachm. 4 1/2 Uhr,
 im Saale des Bürgerheims - Jugendheim.
 Tagesordnung:
 1. Beschlussfassung wegen Erlass einer neuen Satzung für
 den Waldheimstättenverband und Wahl einer
 Abhängungskommission.
 2. Stellungnahme zum Notstandsprogramm und ent-
 sprechende Beschlussfassung (Begebau).
 3. Beschlussfassung zur Verlegung von ca. 100 lfdm.
 Straßentafelung unter die neu herzustellende Ver-
 bindungsstraße Konradsthaler Straße - Feldstraße
 und Bewilligung der erforderlichen Mittel von
 1600,- Mt.
 4. Aufstellung von 6 Straßenlaternen auf dem Sied-
 lingsring.
 5. Aufstellung eines Hydranten am Eingang in die
 Friedhofsfriedlung.
 6. Bewilligung eines Sonderbeitrages von 165,94 Mt.
 für den Hauptverband der Preussischen Landgemein-
 den (Stz Berlin).
 7. Verstärkung des Titels V A b 21 (Berein.-Mat. der
 Oberschule) um 75,- Mt., des Titels V A b 29 (Be-
 rein.-Mat. der Niedere Schule) um 50,- Mt.
 8. Festsetzung des Besoldungsdienstalters
 a) Gemeindefürsorgerin und Altersheimleiterin
 B. Reimann;
 b) Gemeindefürsorgerin Weiß;
 c) Gemeindefürsorgerin Angres.
 Berichterstatter: Herr Schoeper.
 9. Erziehung eines Mitgliedes in den Berufsschul-Vor-
 stand der hauswirtschaftlichen Berufsschule.
 10. Anträge und Mitteilungen.
 Weißstein, den 23. Oktober 1928.
 Der Gemeindevorsteher:
 gez. Hertwig.

Der Streik im Hamburger Hafen

Hanseatenfest

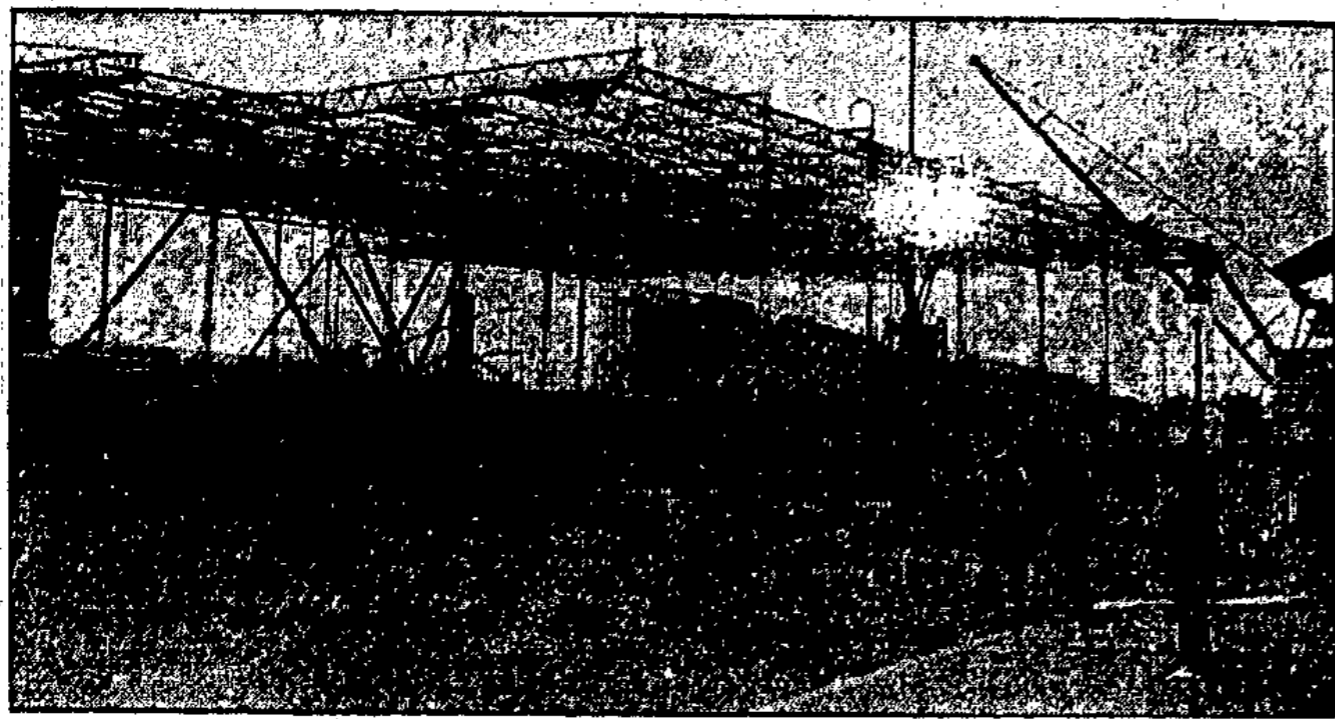
Oktoberfest. Streik im Hamburger Hafen. Es ist fünf Uhr früh. Noch ist fast überall Ruhe. Nur auf einigen kleinen Fahrzeugen sind Arbeiter damit beschäftigt, die Maschinen und Kessel in Ordnung zu bringen. Nach und nach wird es lebendig. Mit der Hochbahn und mit der Elektrischen kommen die Arbeiter. In Trupps stehen sie zusammen und diskutieren. Es ist nicht das gewohnte Bild. Man ist schnell davon unterrichtet: die Hafenarbeiter streiken. Daß dieser Kampf eine besondere Bedeutung hat, beweist u. a. auch die bereits in aller Frühe im Hafen aufmarschierte Polizei.

Nur vor sechs Uhr. Immer zahlreicher kommen die Hafenarbeiter, aber auch die Polizei erhält Verstärkung. Das Auge des Befehles wacht. Der satte Bourgeois, der noch in den Federn liegt, er kann beruhigt sein, denn Herr Schönfelder, der überzeugte Republikaner, ist glücklich besorgt um seine Koalitionsbrüder. Jetzt. Die Offiziere fordern die Mannschaft auf, schärfer vorzugehen. Die be-

munisten. Ebering wird die Sache schon schmeißen. Schönfelder ist auf der Höhe. Polizeimannschaften auf Bürgerkrieg eingestellt, Streikende werden verhaftet und Demonstrationen verboten. Famos, hat volles Verständnis für unsere Notlage, schließt die Demokratie.

In diesem Augenblick wird im Saale ein Hoch auf Seine Majestät ausgebracht. Wir geloben dem Kaiser die Treue. Die Musik intoniert „Heil Dir, im Siegertranz“, die von dem Alkohol stark mitgenommenen Stimmführer werden in Bewegung gesetzt.

Die Sozialdemokratie schützt die junge Republik. Der Morgen rückt heran. Die schwerbeladenen Hanseaten kehren heim. In ihren Automobilen streben sie ihren heimatischen Penaten zu. Die streikenden Arbeiter sind schon wieder unterwegs. Mit Flugblättern unter den Armen stehen sie am Hafen. Klassengenosse, nimm und lies! Auch du gehörst mit zu uns. Ein Sozialdemokrat, der bis jetzt den Parolen der sozialdemokratischen Führer gefolgt ist, erklärt einem Streikenden: Kollege, du hast recht, bei euch ist mein Platz. Damals und jetzt. Was hat sich geändert? ... „Die Sozialdemokratie schützt die junge Republik!“



Streikposten vor den Werften.

kannten Worte „Weitergehen, weitergehen“ erschallen aus jeder Richtung. Jeder Passant, der es magt, stehen zu bleiben, wird im Feldwebelton angeschrielt. Andere wieder, die aus entgegengesetzten Richtungen kommen, werden zurückgedrängt und nicht durchgelassen. Wer nicht sofort weicht, wird angepöbeln und vorwärtsgestoßen. Wozu das alles? fragt ein hiebrerer Spieker. Aber schon greift die Hand nach dem Gummiknüppel, dem Symbol der Demokratie. Gar zu deutlich wird zurzeit den Hamburgern das Wesen der Demokratie demonstriert. Was früher die Aufgabe eines Bismarck und Lessendorff war, verrichtet heute der Sozialdemokrat Schönfelder. Das hat ihn auch veranlaßt, die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages, an welchem Bismarck das Sozialistengesetz schuf, am vergangenen Sonntag festlich zu begehen. Ja, lang ist es her, als die Sozialdemokratie den Streikbruch bekämpfte, lang ist es her, als die Hünke und Schamaref ihre Streikbrückervermittlung unter dem Schutz der wilhelminischen Polizei organisierten konnten. Heute besorgen das die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsführer.

Am Abend: Im Hotel Atlantic: Hanseatenfest. Prokurator Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Kronprinzessin und Seine königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg, die beide ihr Erscheinen persönlich zugesagt haben. Eintritt nur 10 Mark pro Person. Gebet 30 Mark. Die Autos fahren vor. In dicke, kostbare Pelze gehüllt, zeigen sie aus, die Hanseaten. Drinnen ertönt Musik — ausländische. Es wird gefressen und geöffnet. Eine Anzahl dieser Hanseaten klagt, daß die Proleten kein Verständnis für ihre Notlage besitzen, unerhört, daß Leipart und Graßmann trotz der Zusammenarbeit mit uns keine Courage aufbringen, die dreimal verführten Kommunisten zur Räson zu bringen. Schlappschwänze, diese Kerls, wozu haben wir sie? Wir brauchen Ausnahmegesetze gegen die Kom-

Die notleidenden Hanseaten feiern ihre Feste. Die streikenden Hafenarbeiter sind gewillt, den Kampf bis zur siegreichen Ende zu führen.

Es lebe die Solidarität!

„Halt! Wer weitergeht, auf den wird geschossen!“

„Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!“ — Das ist die Melodie von 1919, das war die Sprache der auf wehrlose Arbeiter schließenden Freikorps-Banden des Nozke. Schönfelder, der sozialdemokratische Polizeisenator Hamburgs, knüpft an die Traditionen des Bluthundes an. Am Morgen des 21. Oktober rasten durch die Hamburger Hafengegend, wo eine Mauer von Streikenden alle Provokationen und Streikbruchversuche abprallen läßt, eine Anzahl Lastautos mit großen Schildern: „Halt! Wer weitergeht, auf den wird geschossen!“

Wie kommt es, daß die Nordparole des rasenden weißen Nozke wieder aufsteigt? Was geht in Hamburg vor? In dieser Stadt, dem Tor Deutschlands, streiten die entscheidenden Arbeiterkategorien, machen das Tor zu, durch das die deutschen Kapitalisten riesige Warenmengen exportieren, die sie im Inlande nicht absetzen, weil die deutschen Werkstätten dank der niedrigen Löhne fast nichts mehr kaufen können. Die Kräne schwingen ihre Greifer nicht mehr. Da, wo sonst Dampfer um Dampfer an den Kais festmachte, um Wägen oder zu laden, herrscht jetzt Friedlosigkeit. Höheren Lohn wollen die 20000 Arbeiter, Abschaffung der willkürlichen Vermittlung. Lung, die eher ein Fleischmarkt als Vermittlung ist! Denn nur die Stärksten, Kräftigsten bekommen urch die willkürliche Auslese, die die Wigen betreiben, dauernd Arbeit. Die anderen, auf deren

Gefühlern der Hunger seine Spuren eingegraben hat, müssen Monate warten.

Die selbstverständlichen Forderungen der Hafenproleten beantwortet der Sozialdemokrat Schönfelder mit der Parole: „Wer weitergeht, auf den wird geschossen!“ In Arbeiterblut soll der Hamburger Streik erkauf werden. Was den reformistischen Vertreterbündführern trotz aller Ausschüffe aus der Gewerkschaft nicht gelungen ist, das wollen sie nunmehr durch die Filialen der Schupo ihres Parteigenossen vollbringen: den Abbruch des Kampfes, der die kapitalistischen Ex- und Importeure bereits empfindlich geschädigt hat.

Es ist kein Zufall, daß die Nordbrohung, die 1919 im Dienste des vor Spartakus zitternden Kapitals von Nozke losgelassen wurde, gerade jetzt wieder erhoben wird. In Hamburg wird gegenwärtig unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ein kollektiver proletarischer Gegenstoß gegen die Angriffe des Kapitals geführt: Werks- und Hafenarbeiter streiken gemeinsam, und schon haben die Seeleute beschlossen, sich dem Kampf anzuschließen. In ohnmächtiger Not steht das Kapital der trotz aller reformistischen Quertreiberel prächtig zusammengeschlossenen Massenfront gegenüber. Es weiß, nachdem die Streikbrüche der Gewerkschaftsbögen erfolglos geblieben ist, kein anderes Auskunstmittel mehr, als die Revolver und Pistolen der unter sozialdemokratischem Befehl stehenden Polizei. Zum tausendsten Male zeigen sich die reformistischen Führer als diejenigen, die den Kapitalisten offen zu Hilfe eilen, wenn die Proletarier im schwersten Kampf stehen.

Aber keine Schießbrohung kann die streikenden Arbeiter einschütern! Keine reformistische Lügenhege wird das die Streikereignisse an der Wasserfront gespannt beobachtende Proletariat davon abhalten, sich in Wort und Tat auf die Seite der Streikenden zu stellen. Auf den Schießbefehl Schönfelders antwortet die Arbeiterschaft mit dem Ruf:

Es lebe der Sieg der kämpfenden Hafen- und Werftarbeiter!

Fingerabdrücke von Streikenden

Dank der Initiative der Kommunistischen Partei ist es in Hamburg und Altona gelungen, für die unorganisierten verheirateten Streikenden kommunale Unterstützung durchzusetzen. Die Magistrats dieser Städte weigern sich aber immer noch, die lebigen Werftarbeiter zu unterstützen, lediglich in Altona erhielten sie einmal Brot und ein Viertelpfund Butter.

Durch die Verweigerung der Unterstützung wurden viele dieser jungen Werftarbeiter obdachlos. Gegen diese Arbeiter geht die Polizei mit unerhörten Methoden vor. Wenn sich die lebigen Werftarbeiter als Obdachlose melden, werden sie zusammen mit kriminellen Verbrechern in die Gefängnisse gebracht und dort werden von ihnen Fingerabdrücke gemacht.

Mit solchen Methoden wollen die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Hamburg und Altona die jungen Werftarbeiter zum Streikbruch veranlassen. Es wird ihnen nicht gelingen! Arbeitersolidarität wird auch diesen Polizeimethoden trotzen.

Lügenhege der SPD-Presse

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“, das am 19. Oktober den völligen „Zusammenbruch“ des Streiks meldete, schreibt am 21. Oktober:

„Die freien Gewerkschaften fordern deshalb nochmals auf, sich von den kommunistischen Drahtziehern unter keinen Umständen einschüchtern und irritieren zu lassen, sondern unbedenklich um die kommunistischen Treibereien die Arbeit im Hafen fortzusetzen.“

Ja, das Blatt begnügt sich nicht damit, zum Streikbruch aufzufordern, es heßt auch aufs neue gegen Arbeiter, indem es folgendes schreibt:

„Es ist notwendig, den kommunistischen Machenschaften den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und alle Kräfte mobil zu machen, damit die Weisungen der freien Gewerkschaften auf Fortsetzung der Arbeit im Hafen reiflos befolgt werden. Wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß die organisierte Hafenarbeiterchaft von sich aus den Gewalttätigkeiten und Terrormaßnahmen der Kommunisten ein Ende bereitet. Es gilt hier für die Hafenarbeiter die Parole: Organisiert die Abwehr gegen den kommunistischen Terror! Wo der einzelne Hafenarbeiter zu schwach ist, um sich gegenüber dem kommunistischen Banditentum durchzusetzen, da muß die organisierte Kraft der Hafenarbeiter helfen, daß sowohl die Arbeit im Hafen selbst, als auch das Vermittlungsgeschäft an den Verteilungsstellen ungeführt durchgeführt werden kann.“

Das ist die wahre Sprache der sozialdemokratischen Führer, die im Interesse des Unternehmertums, der deutschen Bourgeoisie, im

SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER,

erzählt weiter:

Der König Nabopollasar lief wütend in seinem Palaste auf und ab. „Wo ist mein Tabakmeister Ibasid? Ha, er soll einen Kopf kürzer gemacht werden zur Strafe, daß er mich mit seinen kümmerlichen Cigarettenmischungen langweilt und ärgert!“

Da nahte demütig und ergeben der alte Ibasid und überreichte eine neue Sorte von Cigaretten. Mir finsterer Miene nahm der König eine von den neuen Papyros, aber er hatte kaum einige Züge getan, als er plötzlich heiter zu strahlen begann und sagte: „O, Ibasid, wie heißt diese edle Mischung, mit der Du mein Herz erfreust?“

Ibasid sprach: „Mein König, es ist eine Mischung nach dem Rezept eines Mannes Sindbad. Er nennt die Cigarette

SALEM AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich



Interesse ihrer Koalitionspolitik, mithelfen, die Arbeiter immer tiefer ins Meer zu drücken.

Die Unternehmerragenten im „Hamburger Echo“ behaupten, daß die Kommunisten der Gesamtarbeiterchaft deshalb führend vorangehen, um von ihren innerparteilichen Schwierigkeiten abzulenken. Als ob die kommunistische Partei nicht immer gelacht hätte, daß die Arbeiter, besonders wichtige Arbeiterschichten, im gemeinsamen Kampfe ihre Forderungen mit mehr Aussicht auf Erfolg durchsetzen, als wenn sie sich einzeln nacheinander abkämpfen.

Nun, nach allem, was vorausgegangen ist, muß man mit dieser Sprache der sozialdemokratischen Führer rechnen. Alle Arbeiter, die gegen den Willen der reformistischen Bürokratie kämpfen wollen, müssen lernen, damit fertig zu werden. Es zeigt sich in Hamburg, daß die Arbeiter besser als je die wahre Rolle der sozialdemokratischen Führer erkennen.

Auf Grund der prächtigen Kampfstimmung der Kämpfenden ist zu hoffen, daß sie der reformistischen Lüge bis zum Ende Trost bieten und den Sieg über das Unternehmertum erringen.

erschien es ihnen zweckmäßig, sich hierüber in einem kleineren Ausschuß zu unterhalten. Zum Tarifvertrag und zum Schlichtungswesen im allgemeinen, betonten sie, seien die Spitzenverbände der Arbeitgeber durchaus positiv eingestellt, sie gäben aber vereinbarten Schlichtungsstellen den Vorzug vor der staatlichen Schlichtung.

Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften erklärten übereinstimmend, sie seien selbstverständlich ebenfalls dafür, daß den freien Verhandlungen und nicht dem staatlichen Eingreifen der Vorzug gegeben werde.

Die Unternehmer sind also weder gegen die Verbindlichkeitsklärung, noch gegen das Schlichtungswesen überhaupt. Wenn sie die Befreiung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten der Verbindlichkeitsklärung verlangen, so konnte Bissell darauf hinweisen, daß ja gar keine „generelle“ Möglichkeit zur Verbindlichkeitsklärung besteht, sondern daß sie an die Voraussetzung geknüpft sei, daß ein „öffentliches Interesse“ vorliege. Das ist ja die bekannte behnbare Formel, unter der gerade die wichtigsten und für die Arbeiterchaft ausichtsreichsten Kämpfe abgewirgt werden.

Es ist also festzustellen, daß Unternehmer und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer einig sind, daß sie aber zusammen im diametralen Gegensatz zu den Kommunisten stehen, die die Befreiung der Schlichtungsordnung und Wiederherstellung der Streikfreiheit verlangen.

Einig sind sich Unternehmer und UDB-Führer auch in dem Bestreben, die staatlichen Schlichtungsinstanzen durch Vereinbarung von tariflichen Schlichtungsinstanzen zu schonen. Die Erfahrungen mit solchen tariflichen Schlichtungsinstanzen im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in der Chemie, im Holzgewerbe und Buchdruckgewerbe haben gezeigt, daß diese Instanzen neben den staatlichen Schlichtungsinstanzen nur eine doppelte Fessel sind.

Auf der Schlichtungskonferenz hat Bissell auch Richtlinien betr. der Durchführung des Schlichtungswesens vorgelegt, die nur leicht und oft Gefagtes wiederholen. Es sollen alle Anstrengungen gemacht werden, um möglichst zu freien Vereinbarungen zu kommen. Man kennt diese Phrasen. Solange die Unternehmer aus der Schlichtungsordnung die riesigen Vorteile ziehen wie bisher, haben sie es gar nicht nötig, annehmbare Zugeständnisse zu machen. Wenn es nach Bissell und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern geht, wird die bisherige Schlichtungspraxis fortgesetzt werden.

Die Lage ist nun für den letzten Arbeiter klar:

Eine Veränderung des unhaltbaren Zustandes kann nur geschaffen werden durch den großen politischen Kampf der gesamten Arbeiterklasse für Befreiung der Schlichtungsordnung und für Wiederherstellung der Streikfreiheit durch die tatsächliche Zerkümmung der Schlichtungsordnung, indem die Arbeitermassen trotz verbindlich erklärter Schiedsprüche weiterkämpfen!

In diesem Kampfe um Wiedereroberung der Streikfreiheit hat die Arbeiterklasse als Führerin nur die kommunistische Partei!

Eine erledigte SPD.-Lüge

Der UDB-Vorstand gibt zu, daß er mit den Unternehmern für Aufhebung der Streikfreiheit ist

Seit Jahr und Tag schreiben die sozialdemokratischen Geschäftsführer, daß die Kommunisten und die Unternehmer eine Einheitsfront bilden, denn sie seien gemeinsam gegen das Schlichtungswesen.

Dieses Argument war zwar unschwer als ein durch und durch verlogenem Argument zu erkennen, es war aber das einzige, das die SPD-Führer zur Verteidigung des schändlichen Schlichtungswesens noch hatten.

Um so deutlicher muß jetzt unterstrichen werden, daß die sozialdemokratischen Führer heute selbst zugeben, daß die Unternehmer für das Schlichtungswesen sind. Bei der Besprechung der samstäglichen Schlichtungskonferenz vom 18. Oktober war die SPD-Presse gezwungen, die Wahrheit zuzugeben. Seit dem letzten Wahllampf haben die SPD- und UDB-Führer die Verbesserung der Schlichtungsordnung versprochen. Ein Arbeiter, der diesen Leuten noch glaubt, hätte annehmen können, daß die UDB-Führer auf der Schlichtungskonferenz wenigstens ihre Änderungsanträge machen würden. Die UDB-Führer haben aber auf der Schlichtungskonferenz keine Änderungsanträge gemacht. Sie geben das selbst zu. In der neuesten Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ vom 20. Oktober ist ein Bericht über die Konferenz erschienen, in dem es heißt:

„Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Verhandlungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitsklärung vorziehen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung nach wie vor in allen denjenigen Fällen erfolgen, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig“ bedeutet, lasse sich keineswegs chemisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens ergebe.“

Arbeitsminister Bissell konnte am Schluß der Aussprache zusammenfassend feststellen, daß weder die Spitzenorgani-

lationen der Gewerkschaften noch diejenigen der Arbeitgeber grundsätzlich die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung verlangen.“

Nach diesem Bericht der „Gewerkschaftszeitung“ haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gerade für unveränderte Beibehaltung der Schlichtungsordnung, gerade für die Verbindlichkeitsklärung eingesetzt. Damit auch jeder Zweifel behoben werde, schreibt die „Gewerkschaftszeitung“ zum Schluß ausdrücklich:

„Mittellungen in der Tagespresse, daß in dieser Aussprache der Vorschlag gemacht wurde, den Gewerkschaften das alleinige Recht zum Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zu gewähren, entsprechen nicht den Tatsachen. Die an dieser Besprechung beteiligten Vertreter des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben in der Aussprache diese Forderung überhaupt nicht erhoben. Der Vertreter einer anderen Spitzenorganisation hat diese Forderung nur angedeutet.“

Nun wissen die Arbeiter genau, welche Stellungnahme der UDB-Vorstand einnimmt. Er ist für unveränderte Beibehaltung der Schlichtungsordnung, die ja die Aufhebung der Streikfreiheit bedeutet. Ohne legale Streikfreiheit sind aber die Streiks ungeheuer erschwert, und die Haltung des UDB-Vorstandes trägt bei zur weiteren Verelendung der Arbeiterchaft.

Und die Unternehmer? Auch sie sind für die Beibehaltung der heutigen Schlichtungsordnung, sie wollen lediglich diese Schlichtungsordnung durch ein direktes Streikverbot mit angebotenen Gefängnis- und Zuchthausstrafen ergänzen. Keine Spur davon, daß die Unternehmer etwa wie die Kommunisten für die Aufhebung der Schlichtungsordnung wären. In einem Artikel der „Sozialdemokratischen Pressedienstes“, der durch die meisten SPD-Blätter ging, heißt es:

„Die Unternehmer verlangten in der Besprechung die „Befreiung der generellen Möglichkeiten der Verbindlichkeitsklärung“ im Geiste zur Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls der Beteiligten; sie machten jedoch keine positiven Änderungsanträge, vielmehr

Das politische Wesen des Liquidatorentums

1. Was ist Liquidatorentum?

„Die SPD befindet sich heute, unmittelbar vor dem 10. Jahrestag ihres Bestehens, am Rande des Abgrundes.“

„Heute jubeln die Kapitalisten und Sozialdemokraten. Das Ergebnis des Volksbegehrens hat ihnen gezeigt, daß sie vorläufig keinen ernsthaften Widerstand mehr zu befürchten brauchen.“

(Erklärung von Hausen und Galm im Namen der Talheimer-Gruppe in der Sitzung des ZK der SPD vom 19. Oktober 1928.)

Das Wort „liquidieren“ bedeutet soviel wie aufheben, beseitigen. Liquidatoren sind, vom Standpunkt der Arbeiterbewegung betrachtet, diejenigen Leute, die den revolutionären Kampf aufheben, liquidieren wollen und die bolschewistische Partei als Führerin des Proletariats verleugnen. Die letzten Ereignisse zeigen ganz klar, daß in unserer Partei eine liquidatorische Fraktion besteht, eine Fraktion, die den Glauben an den revolutionären Klassenkampf des deutschen Proletariats verloren hat und die unsere Partei nicht mehr als die Avantgarde der Arbeiterklasse betrachtet, sondern als einen morschen, innerlich verfaulenden, zum Untergang verurteilten Organismus. Diese Fraktion besteht aus einer kleinen Zahl von Anhängern Brandler und Talheimers. Die letzten Erklärungen dieser Fraktion enthalten ihre politische Plattform. Wie die oben zitierte Erklärung zeigt, sind Brandler und Talheimer davon überzeugt, daß unsere Partei am Abgrund steht. Allerdings sind die Liquidatoren nicht imstande, auch nur den geringsten Beweis dafür zu erbringen. Ihre Plattform ist überhaupt, ebenso wie die der verführerischen Gruppe, durch eine erstaunliche Armut an Ideen, durch den völligen Mangel irgendwelcher positiven Vorschläge zur Stärkung und Bereicherung der revolutionären Arbeit gekennzeichnet. Ihr gesamtes geistiges Arsenal besteht aus einer durch und durch negativen „Kritik“ der Partei, einer Kritik, die auf einer endlosen Summe von Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und feindseligen Behauptungen hinausläuft.

Zur VI. Weltkongress der Komintern hat die große Mehrheit der SPD und ihrer Arbeit festgesetzt: das gewaltige Anwachsen des kommunistischen Einflusses in den Arbeitermassen, das in den 3 1/2 Millionen Stimmen der Reichstagswahlen zum Ausdruck kommt; den starken Aufschwung des Roten Frontkämpferbundes, der sich immer mehr zu einer wichtigen Massenorganisation entwickelt; die Ausdehnung der revolutionären Gewerkschaftsopposition; die innere Festigung der Partei; der völlige Zerfall des Leninbundes und der anderen ultralinken Gruppen usw. Die Komintern zog daraus die Schlussfolgerung: „Die kommunistische Partei Deutschlands ist eine der besten Abteilungen der internationalen proletarischen Armee“ (Theesen des VI. Weltkongresses, S. 47).

Die Liquidatoren verachten das genaue Gegenteil dessen, was die Komintern vertritt. In der erwähnten Erklärung sprechen sie von der „fortschreitenden Spaltung der Partei von der Arbeiterklasse“. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sie gegen die gesamte Partei, nicht nur gegen ihre Führung den Kampf aufnehmen, betonen sie ausdrücklich die „Spaltung der Gesamtpartei von der Arbeiterklasse“. Nach Meinung Talheimers und Brandlers betreibt die SPD „eine falsche Politik“, eine Politik, die „sich auf leeres Geschrei beschränkt“, eine „Politik, die den Reformismus nicht wirksam bekämpft, sondern im Gegenteil, zu seiner Stärkung beiträgt“.

Wie ist es möglich, daß eine solche Partei 3 1/2 Millionen Stimmen sammeln konnte, daß ihr Ansehen und ihr Einfluß in der Arbeiterchaft ununterbrochen wächst? Wie ist es möglich, daß die Bourgeoisie und ihre Presse diese Partei fürchten, daß sie immer wieder von der „kommunistischen Gefahr“ irritieren, daß die Unternehmer den schärfsten Kampf gegen jeden einzelnen Kommunisten in den Betrieben führen müssen, um sich gegen die revolutionäre

„Verfälschung“ zu wehren? Wie erklärt es sich, daß die Reformisten zu den brutalsten Methoden des Ausschusses, der Spaltung, der Auflösung ganzer Ortsgruppen schreiten, um den wachsenden kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften, Sport- und Freizeiterorganisationen zurückzubringen? Brandler und Talheimer finden auf alle diese Fragen keine Antwort. Sie bemühen sich auch nicht, die tatsächliche Lage zu prüfen. Sie pfeifen auf die Tatsachen. Ihre ganze Stellungnahme ist nur auf ein Ziel gerichtet: Die SPD als „eine Partei des leeren Geschreis“, „eine isolierte Partei“, „eine Partei am Abgrund“ hinzustellen, die unfähig ist, das deutsche Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie zu führen. Gerade hierin liegt das Wesen des Liquidatorentums.

Aus einer solchen Einschätzung der kommunistischen Partei ergeben sich zwangsläufig bestimmte logische Schlüsse. Wenn die SPD sich nach ihrem zehnjährigen Bestehen in ein schwächliches, hoffnungslos verlorenes Gebilde verwandelt hat, wenn sie von einer „unkontrollierten, ideell und teilweise auch materiell korrupten Bürokratie“ geführt wird, wie es in der gleichen Erklärung heißt, wer soll dann an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen? Dann vertritt die Sozialdemokratie die materielle und ideelle Reinheit gegen die „kommunistische Korruption“, die gegenstreiche demokratische Baupolitik gegen das „kommunistische Geschrei“, die historische Zukunft gegen den „kommunistischen Abgrund“.

Die unvermeidliche politische Konsequenz des Liquidatorentums ist der Bruch mit der kommunistischen Partei und der Uebertritt auf die Seite der Sozialdemokratie. Diesen Weg ist die Gruppe Paul Lewiss verhältnismäßig schnell gegangen. Die Gruppe Frieslands ist ihr noch rascher nachgefolgt. Talheimer und

Brandler befinden sich, wie ihre Plattform einwandfrei beweist, auf diesem Wege zum Menschewismus.

Das Liquidatorentum beschränkt sich niemals auf die Verneinung der kommunistischen Partei, sondern lam stets in seiner weiteren Entwicklung zur Verleugnung der proletarischen Revolution überhaupt, zum Verzicht auf die Fortsetzung des Klassenkampfes, zur Veringertung und schließlich zur offenen Bekämpfung der Arbeiterklasse selbst. Diese spezifischen Charakterzüge des Liquidatorentums wurden nicht nur durch den Verkauf der deutschen, sondern auch der russischen und internationalen Arbeiterbewegung klar herausgearbeitet. Ein Blick auf die politische Plattform unserer heutigen Liquidatoren in der SPD zeigt genau die gleiche Geschehnung. Talheimer und Brandler verachten nicht nur die kommunistische Partei, sondern sie haben auch jedes Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse verloren. Die bloße Tatsache, daß im Volksbegehren ein unbefriedigendes Stimmenergebnis erzielt wurde, genügt ihnen, um die ungeheuerliche Behauptung aufzustellen, daß die deutschen Imperialisten von Seiten des Proletariats „vorläufig keinen ernsthaften Widerstand mehr zu befürchten brauchen“. Das heißt mit anderen Worten, daß die deutsche Arbeiterklasse ohnmächtig ist und jeden Widerstand gegen das Unternehmertum, jeden Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr aufgegeben hat.

Dieser Standpunkt bedeutet die Liquidierung der deutschen Revolution und die vollständige Preisgabe des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

Damit haben wir zwei der wichtigsten Seiten der politischen Plattform des Liquidatorentums gekennzeichnet. Diese Plattform vertritt den Bruch ihrer Anhänger mit der kommunistischen Partei und mit der revolutionären Arbeiterchaft. Sie steht daher im schroffen, unveröhnlichen Gegensatz zum Programm und zu den Grundsätzen des internationalen Kommunismus.

(Weitere Artikel folgen.)

Der Mordprozeß Hubmann

Zum siebenten Verhandlungstag wurden in der Hauptsache Lehrer und ehemalige Mitschüler geladen. Die Verhandlung fand wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nur die Presse war zugelassen. Amtsgerichtsrat Dr. Meyer sagte aus: Dr. Lutter habe ihm erzählt, Hubmann sei vollkommen überrauscht gewesen, so, als ob er von der Tat nichts gewußt habe. Diese Angaben, die sich mit den Angaben des Angeklagten deckten, hätten den Zuhörer als auch den Untersuchungsrichter bestimmt, Hubmann nicht in Haft zu behalten. Der von der Verteidigung genannte Ghaufleur gibt an, Hubmann habe zur Leiche gehen wollen, sei aber daran gehindert worden. Ein Babemeyer betonte, daß Hubmann tatsächlich großes Kassenbrot gegessen habe. Zeugnisauszug Dr. Wards gibt an, daß Hubmann nach seiner Beobachtung sehr leicht und so stark blutete, daß in kurzer Zeit bereits Tropfen auf seine Kleidung fielen. Er bekräftigt damit Hubmanns Angaben. Nach nebenwärtlichen Zeugenaussagen spricht Rektor Kleiböhmer über seinen Pflegesohn und sagt, daß er von einer anormalen Veranlagung bei ihm nichts bemerkt habe.

Der Staatsanwalt erklärt, die Polizei von Groß-Reelen habe den Oberstaatsanwalt angelockt und ihm mitgeteilt, ein Unfall des Regergesellen Dendorf aus Gladbeck, der sich vor einiger Zeit ereignet, habe mitgeteilt, daß Dendorf in der Nordstadt zu Daube und Hubmann getroffen sei. Dendorf habe geäußert, daß man werde sich schon heranzureden, er sei ein gerissener Junge. Der Junge Kassfeld habe kurz vor dem Mord den Daube mit zwei Perleuten gesehen. Der Staatsanwalt bittet, zu beschließen, daß der Unfall des aus dem Leben geschiedenen Dendorf, der Schmiedemeister Theodor Uphus aus Groß-Reelen und sein Sohn, der Regergeselle Franz Uphus, als Zeugen geladen werden. Hierzu ist zu bemerken: Im Verlaufe der Verhandlung gegen Hubmann hat man eine Spur der Verleugung gegen einen Schlichter Dendorf, der der unermessliche Mörder

Daube sein sollte. Ostendorf, der als anormal bekannt ist, hat sich an dem Tage, als er zur Vernehmung in der Primaner-Mordaffäre geladen war, erschossen. Kurz vor seinem Tode geäußert, daß der Schuldner des Gymnasiums in Gladbeck, Neumöhner, an allem schuld sei. Dieser Neumöhner ist gleichfalls als ein anormal veranlagter Mensch festgestellt und verurteilt worden wegen Vergehens gegen den Paragraphen 175.

Im Anschluß hieran wird Ilse Kleiböhmer, die Pflege-schwester Hubmanns, vernommen. Sie hat ihren Bruder in der Nacht nicht mehr nach Hause kommen hören und hat ihn zum erstenmal nach der Tat gesehen, als er von der ersten Vernehmung zurückkam. Karl habe damals zu Hause gesagt: „Ich war es nicht.“ Und alle hätten ihm geglaubt. Daß irgendwo blutige Sachen besetzt worden seien, weiß sie nicht. Ueber das Verwundnis zwischen ihr und Helmut Daube gibt sie an, daß Hubmann nie gegen Helmut gesprochen habe, sondern sie habe die Beziehungen zu Helmut deshalb abgebrochen, weil im Bibelränzchen gesagt worden sei, ein Mädchen dürfe keine Beziehungen zu einem Jungen haben. Im übrigen seien die Beziehungen vollständig reiner Natur gewesen.

Die gestrige Vormittagsverhandlung behandelte das Verhältnis zwischen Hubmann und Daube, insbesondere den Vorfall auf einer Eiseltour im Jahre 1926. Eine Zeugin sagt aus, Daube habe zu ihr geäußert, es sei auf dieser Eiseltour etwas passiert, so daß er nicht mehr Hubmanns Freund sein könne. In dem Tagebuch Daubes befindet sich eine Eintagung: „Juli 1. bis 7. 26. Eiseltour vom 4. zum 5. u. 6.“ Auf Verfragen bekräftigt der Angeklagte, Daube irgendwie unzüchtig berührt zu haben. Der Oberprimar-Kappen gibt eine Darstellung über das, was Daube am Tage nach der angeblichen Tat in der Eisel zu ihm gesagt habe. Der Angeklagte bekräftigt diese Darstellung. Der Oberprimar-Kappen wird als Zeuge vernommen und erklärt, daß er nichts davon wisse, daß Hubmann den Daube unzüchtig belästigt habe.

Breslau

Die Entscheidung des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat gestern abend zu der Budgetvorlage des Magistrats endgültig Stellung genommen. Es wurde beschlossen, die städtischen Zuschüsse mit Wirkung vom 1. April 1928 wie folgt zu erhöhen: Bei der Grundvermögenssteuer um 25 Prozent auf 275 Prozent, bei der Gemeindegewerbesteuer vom Ertrage um 110 Prozent auf 300 Prozent, vom Kapital um 500 Prozent auf 1480 Prozent. Ferner wurde beschlossen, die Preise für Elektrizität, und zwar für Licht und Kraft I von 45 auf 47 Pf. je Kilowattstunde, von Kraft II von 23 auf 24 Pf. zu erhöhen. Weiterhin gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach der Magistrat ersucht wird, umgehend Entwürfe einer Wohnungssteuerordnung, einer Hausangelegenheitssteuerordnung, einer Vererbung der Steuerbefreiung der Betriebswirtschaftssteuerordnung und einer Berufsschulbeitragszahlung vorzulegen.

Über 25 000 Schlachtungen in einem Monat

Im Monat September 1928 wurden im Schlachthofe geschlachtet und untersucht: 202 Ochsen, 1405 Kühe, 1072 Rinder, 648 Jungkinder, 5121 Kälber, 13 517 Schweine, 2716 Schafe, 88 Ziegen, 7 Hunde, 193 Pferde. Als zur menschlichen Nahrung und als Viehfuttermittel wurden der Tierkörperverwertungsanlage übergeben: 33 Kälber, 11 Schweine, 4 Kälber, 6 Schafe, 10 Pferde, zahlreichere Organe und Organteile. Im Laboratorium wurden 143 bakteriologische Fleischuntersuchungen ausgeführt von Tieren, die nachgeschlachtet oder einer Infektion mit Fleischvergiftung verdächtig waren.

Private Postannahmestellen in Breslau

Zur Erweiterung der Aufnahmestellen für Postsendungen werden am 1. November in Breslau sieben neue Postannahmestellen eröffnet. Sie werden nicht von Postbeamten verwaltet, sondern von Privatpersonen (meistens Geschäftsleuten). Die Inhaber dieser Poststellen gelten als Beamte im Nebenamt und leisten den Dienst. Die Poststellen-Inhaber befaßen sich mit dem Verkauf von Postwertzeichen, Einkommensteuermarken, Angestellten- und Invalidenversicherungsmarken, verlässlichen Formblätter und bei Bedarf auch von Wechselsteuermarken und statistischen Stempelmarken. Ferner werden gewöhnliche, eingeschriebene und Wertbriefe sowie mit einer Ausnahme (Firma Messow und Walschmidt) — auch gewöhnliche und Wertpapiere angenommen. Zustellung und Ausgabe von Postsendungen ist nicht vorgesehen. Die neuen Annahmestellen sind nur für den Einzelverkehr und Kleinverkehr bestimmt. Es werden folgende Poststellen eröffnet: Breslau 30, Schmiedebühl 51 (Firma Messow und Walschmidt); Breslau 31, Döner Straße 17 (Kaufmann Carl Schindler); Breslau 32, Augustastr. 186 (Firma Alexander Kobowitsch); Breslau 33, Weinstraße 60/62 (Zigarettengeschäft Hermann Bachmann); Breslau 34, Werderstraße 57 (Drogenhaus Wally Stiller); Breslau 35, Gabisstraße 20 (Kaufmann Dagedorn); Breslau-Carlowitz 2, Am Markt (Frau Helene Schent).

Ein merkwürdiger Arbeitgeber scheint der Inhaber der Eisenhandlung Gebrüder Brauer, Neue Graupenstraße 13, zu sein. Dieser Tage wurde auf seine Anforderung ihm ein Jungarbeiter vom Arbeitsamt zugesandt. Als dieser sich selbstverständlich vor Eintritt seiner Arbeit nach dem Lohn erkundigte, lies ihn der „Chef“ barsch an, „das würde sich danach richten, wie er arbeitet“. Da der Arbeiter mit dieser „Auskunft“ nicht zufrieden war, schrieb ihm Herr Brauer einfach auf den Ueberweisungsschein des Arbeitsamtes: „Will nicht arbeiten, ist zu faul, liebt gern fertige Arbeit.“ Der Herr Eisenhändler mutet bei Geduld der ihm zugeschickten Arbeiter allerhand zu. Schließlich sind diese bestimmt nicht dazu da, sich kelleidigen zu lassen, und es wäre nur zu verständlich, wenn ihm einmal nachdrücklich bedient würde, daß Arbeiter es nicht nötig haben, alles ruhig hinzunehmen.

Die Nichttagarbeiter in der städtischen Holzpalleanstalt hielten dieser Tage eine Versammlung ab, die sich in erster Linie mit der Neuwahl eines ersten Obmannes beschäftigte. In der Diskussion wurden eine Reihe schwerwiegender Klagen über ungerechte Behandlung und Bezahlung der dort Beschäftigten vorgetragen.

Von der Straßenbahn erfaßt. Am Ring lief ein zirkulär vierzigjähriger Mann in trunkenem Zustande in den Motorwagen der Straßenbahn hinein. Dank der Gestegegenwart des Wagenführers, der den Wagen sofort zum Stehen brachte, trug der Verletzte nur eine klaffende Kopfverletzung davon. Das Krankenauto schaffte ihn ins Allerheiligenspital.

Schauspielhaus. „Die Herzogin von Chitago“ ist die Tochter eines amerikanischen Milliardärs, die sich in den Kopf gesetzt hat, ein kleines Königreich mit Delgruben, Palast und den dazu gehörigen Kronprinzen zu kaufen. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text (ohne Prinzen, ungarische Fürsten, Milliardäre usw. gibt es keine deutsche Operette), wir kennen auch die Verfasser, die als Fabrikanten von edelstehenden Operetten bekannten Herr und Frau Julia Ramer und Alfred Granfeld. Gute Ausstattung, flottes Spiel, ausgezeichnetes Ballet, einschmelzende, wenn auch nicht originelle Melodien sichern trotz des saden Inhaltes auch dieser Operette den Erfolg. Das bürgerliche Operettenpublikum, gewöhnt an Lebensunwahre, jeder Logik ins Gesicht schlagende Operettentexte, ist ja so anpruchlos, daß es diesen als auch noch fetteren Koffel verträgt. Trude Kellers und Ino Wimmer amüßten durch ihre launigen Einfälle, Späße und Tänze. Herr Fischer, ein tüchtiger Schauspieler, bald sentimental, bald energisch, immer Haltung bewahrend, jeder Zoll ein geborener Operettenprinz, ist wirklich zu bewauern, daß er seit Jahren dazu verdammt, Karl Heinz in den Variationen aller Länder zu spielen. Erfolgreich war die neue Kraft Dorrit Jensen, die über ein kluges Organ verfügt und auch in schauspielerischer Hinsicht keineswegs hinter ihrer beliebten Vorgängerin Fräulein Hlerz zurückbleibt.

Briefkasten

Achtung, Einsender! In letzter Zeit ist es des öfteren vorgekommen, daß Berichte ohne Namensnennung bei uns eingehen. Wir sind nicht in der Lage, in jedem einzelnen Falle im Briefkasten um die Lösung des Geheimnisses zu ersuchen, sondern müssen diese Zuschriften unverändert lassen. Dies ist geschehen mit einem Bericht aus Breslau über eine Theaterangelegenheit und einem, überschrieben „Eine ernste Warnung an alle Christen“ sowie mit einem Bericht aus Hirschberg über die dortige „Volkzeitung“.

Wohnungsmafier - die Plünderer des Breslauer Wohnungselends

Die „Neuesten Nachrichten“ helfen ihnen dabei — Was tut das Wohnungsamt dagegen?

Breslau, den 25. Oktober. In Breslau zählen wir weit über 40 000 Wohnungslose. Das städtische Wohnungsamt arbeitet langsam. Es gibt Familien, die in seinen Akten schon sechs und sieben Jahre als „beingend“ vorgemerkt sind. Wer wundert sich da, wenn Hunderte, ja Tausende die Hoffnung aufgegeben haben, jemals eine Wohnung auf dem legalen Wege über das Wohnungsamt zu erhalten? Sie bezweifeln an dessen Können und noch mehr an dem behdrlichen Willen und versuchen, auf eigene Faust in den Besitz der schnellst gewänkten Wohnung zu kommen.

Diese Situation hat eine Anzahl Menschen wahrgenommen, um mit dem fürchtbaren in Breslau herrschenden Wohnungselend ihre Geschäfte zu machen.

In den letzten Jahren sind sie, die Herren Wohnungsmafier, wie Blitze aus der Erde geschossen.

Auf manchen Straßen findet man zwei, drei und noch mehr vor. Sie holen ihre Kunden — bei vielen von ihnen möchte man richtiger „Opfer“ sagen — durch Inserate heran. Welches andere Blatt als die zu allem fähigen „Neuesten Nachrichten“ könnte für sie in Frage kommen? Und so findet man in dieser Zeitung tatsächlich täglich eine große Anzahl von Inseraten, in denen Wohnungen angeboten werden. In den wenigsten Fällen ist aus ihnen ersichtlich, daß es sich um die Angebote von Vermittlern handelt. Oftmals sind die Annoncen so abgefaßt, daß man unbedingt den Eindruck haben muß, sie stammen von privater Seite her. Sie sind natürlich mit Absicht so ausgemacht, damit sie auch bei dem vorrückenden Teil der Leser Glaube finden. Einige der Wohnungsmafier gehen sogar soweit, nicht einmal ihre Adresse anzugeben, sondern Chiffre- und Telefonnummern zu verlangen, worauf die Wohnungsuchenden in das betreffende „Wohnungsbüro“ bestellt werden.

Wie sieht nun ein solches Wohnungsbüro aus? Zu einem Teil wird die Vermittlerrolle von Geschäftsinhabern nebenbei betrieben, während jene, die sich besser auf das Handwerk verstehen, sie als Hauptberuf ausüben. Ihre „Büros“, deren gesamtes Leben und totes Inventar ihr gewöhnlich

aus dem „Herrn Direktor“, einer jungen stenographin, einem Tisch, einer Schreibmaschine und drei Stühlen besteht,

bestehen sich in allen Stadtteilen. Kommt nun ein Wohnungsuchender so wird ihm in den meisten Fällen erst eine sogenannte „Einschreibegeld“ abverlangt. Sie schwankt zwischen fünf bis zehn Mark. Hat man diese verhältnismäßig bedeutende Summe bezahlt, erhält man eine Anzahl Adressen in die Hand gedrückt, von denen man oftmals den Eindruck hat, daß sie aus Zeitungsinseraten abgeschrieben sind. Von vornherein wird dem Wohnungsuchenden bedeutet, daß ohne Abhandlung keine Wohnung zu erhalten ist. Ein Wohnungsmafier von der Dhlauer Straße lehnt es prinzipiell ab, mit Wohnungsuchenden, die keinen Abhandlung zahlen wollen, zu verhandeln, selbst dann, wenn sie eine Taufwohnung besitzen. Dieser Herr scheint besonders fetter Geschäfte zu

machen, denn er verlangt bei abgeschlossener Vermittlung, natürlich neben der Einschreibegeld, nicht weniger als

fünf Prozent der Jahresmiete und fünf Prozent der Abhandlungssumme als „Provision“.

Andere Wohnungsmafier von der Freiburger Straße und der Bahnhofsstraße beanspruchen 30 Mark für jedes vermittelte Zimmer.

Es ist klar, daß den recht verführerisch ausgemachten Inseraten so mancher arme Teufel, der glaubt, auf diese Art zu einer Wohnung zu kommen, zum Opfer fällt. Er bezahlt seine Einschreibegeld und kann mit den ihm übergebenen Adressen doch nichts anfangen. Erstens sind sie ihm ja nicht nur allein, sondern allen anderen, die sich auf Grund des Inserats gemeldet haben, übergeben worden, so daß manchmal zwanzig, dreißig, vielleicht noch mehr Bewerber für eine Wohnung vorhanden sind, und zweitens scheitern alle Anstrengungen schließlich an den wahnsinnig hohen Abhandlungssummen.

Unseres Erachtens hätte das Wohnungsamt allen Anlaß, einmal den Geschäften der Wohnungsmafier auf den Grund zu gehen. Es ist unverantwortlich, angesichts des fürchtbaren Wohnungselends mit eventuell freiverwendenden Wohnungen Geschäfte zu machen, und dazu noch solche, die der Staatsanwaltschaft eigentlich oftmals Gelegenheit zum Eingreifen bieten. Unsere Leser seien jedenfalls aufmerksam gemacht, den „Neuesten Nachrichten“ und ihrem Wohnungsangebot von vornherein höchst misstrauisch gegenüberzutreten.

Ein Beweisfall

Die beiden Brüder Will und Hans Hent sind trotz ihrer Jugend schon mehrmals wegen Betrug vorbestraft. Auch jetzt schwebt ein größeres Strafverfahren gegen sie wegen Wohnungsbetrugs vor. Bisher wurden in diesem Verfahren rund 135 Betrugsfälle bearbeitet. In dieser Angelegenheit saßen beide Angeklagte im vorigen Jahre in Untersuchungshaft. Als sie im April dieses Jahres entlassen wurden, nahmen sie die Verbrechen wieder auf. Sie boten Wohnungsuchenden Wohnungen an, über die sie keinerlei Verfügungsrecht hatten, die oft auch gar nicht zu vermieten waren. Sie ließen sich zunächst einen Vorbehalt zahlen, um dann bald weitere Zahlungen von 50 bis 100 Mark, angeblich als Besetzungsgelder für Beamte des Wohnungsamtes, zu fordern. Nach der Zahlung dieses Betrages sollten Beamte sofort erscheinen und den Suchenden die Schlüssel ausliefern. In den 18 Fällen, die zur Verhandlung standen, ist es nicht einmal zum tatsächlichen Nachweis einer Wohnung gekommen. In der Verhandlung, die acht Stunden dauerte und zu der 20 Zeugen geladen waren, beantragte der Staatsanwalt mit Rücksicht darauf, daß besonders arme Leute geprellt waren, für Will Hent zwei Jahre Gefängnis und für Hans Hent zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte Will Hent zu zwei und Hans Hent zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Das neugeborene Kind in den Ofen gesteckt

Ein Verzweiflungsdritt einer unehelichen Mutter — Zwei Jahre Gefängnis

Das Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen die 27jährige Hausangestellte Emma Feterabend wegen Kindeslötung. Die Angeklagte hatte ein Verhältnis mit einem Kellner, das nicht ohne Folgen blieb. Sie mußte arbeiten und befürchtete, wenn sie ihren Arbeitgeber davon Mitteilung machte, entlassen zu werden bzw. keine Arbeit mehr zu erhalten. Deshalb verheimlichte sie ihren Zustand. Ihre letzte Arbeitgeberin, eine Gastwirtin Pitt von der Frankfurter Straße

kündigte ihr auch tatsächlich die Stellung,

als die Feterabend durch die bevorstehende Entbindung einen Tag arbeitsunfähig war, ohne daß die Gastwirtin den eigentlichen Grund der Arbeitsunfähigkeit wußte, da ihm die Hausangestellte immer noch verheimlichte. Wenige Stunden nach der Kündigung gebar die Feterabend ein Kind. In ihrer Verzweiflung kündete sie mit altem Papier ein Feuer im Ofen an und steckte das Kind hinein. Die Feterabend wurde dann in das Allerheiligenspital gebracht und bei der ärztlichen Untersuchung kam die ganze Geschichte heraus. Man fand das Kind angekohlt tot im Ofen vor.

Vor Gericht erklärte die Angeklagte, geglaubt zu haben, das Kind sei bereits tot gewesen, bevor sie es in den Ofen steckte. Demgegenüber behauptete der gerichtliche Sachverständige, daß das Kind in diesem Augenblick noch gelebt habe, sein Tod sei erst im Ofen durch Erstickung eingetreten. Der Rechtsanwalt der Angeklagten wies in seinem Plädoyer mit Recht darauf hin,

daß das Mädchen, als es ohne fremde Hilfe geboren hatte, und ihm in diesem Augenblick von der „Dienstherren“ die Stellung gekündigt wurde, bei Begehung der Tat gar nicht rechnungsfähig gewesen sein könne.

Das Gericht berücksichtigt zwar mildernde Umstände, ließ aber den Einwand des Rechtsanwalts nicht gelten, sondern verurteilte die Angeklagte zu zwei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Wieder ein Urteil, das letzten Endes auf den unfruchtlichen § 218 zurückzuführen ist. Wie oft sollen Schwurgerichte noch gegen verzweifelte Mütter tagen, bevor dieser Schwandparagraf fällt?

Wir ersuchen in Zukunft alle Einsender, unbedingt die vollständige Adresse anzugeben.

Bienendorf. Deine Zuschrift „Praktisches Christentum in der Grasschaft Olag“ werden wir in der Sonntagsnummer der „Arbeiterstimme aus dem Eulengebirge“ bringen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Stadtteil Ost. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung; Stellungnahme zum Bezirksparteitag.

Königsfeld. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Krone“. Vertreter der VL. anwesend. Bericht über die innerparteiliche Lage.

Schweidnitz. Sonnabend 19,30 Uhr bei Hübel wichtige Mitgliederversammlung. Referent der VL. anwesend.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Agitproptruppe. Freitag 20 Uhr Probe bei Reimann, Neue Antonienstraße 2.

— Nord. Donnerstag 20 Uhr Heimabend bei Schneider, Rosenstraße Ecke Ottostraße. Beitragsgeld mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Nord. Donnerstag 17 Uhr Heimabend; Lichtbildvortrag „Stadt Ranslau“, Ende Matthiasstraße.

— West. Freitag 17 Uhr Auftreten mit Kapelle am Waterlooplatz. Alles zur Stelle.

— West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend im Anglerheim, Leuthenstr.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— Abt. 6. Sonnabend 20 Uhr kameradschaftliches Beisammensein mit Angehörigen bei Janke, Friedrichstraße. Sonntag 10 Uhr Auftreten mit Kapelle bei Janke.

— Altmasser. Freitag 19 Uhr kameradschaftlicher Abend im „Eisernen Kreuz“.

— Streblitz. Donnerstag 20 Uhr bei Wende Mitgliederversammlung.

Rote Jungfront

Breslau
— Abt. 3. Donnerstag 20 Uhr „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße, Lichtbildvortrag „Die Rote Armee“.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Gottesberg. Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim Ober-Hermisdorf.

— Altmasser. Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Kameradin Krügel, Bauvereinsstraße 20, I. rechts.

Sonstige Organisationen

Breslau

— Ost. Rote Hilfe. Donnerstag 20 Uhr bei Doulid, Königgrüher Straße 10, Filmvortrag: „Die Kinderheime der Roten Hilfe Deutschlands.“ Mitglieder frei, Angehörige 10 Pfg. Eintritt.

— Arbeiterkühnen. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung in den Vereinsräumen der „Hubertusstraße“, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, Anschließend Kugelbüchsenkühnen.

— Internationaler Bund. Freitag 19 Uhr Funktionärstagung Auf der Straße 21.

— West. Rote Hilfe. Mitgliederversammlung Freitag 20 Uhr im „Volkshaus“, Bibliothekszimmer. Thema: Bericht von der Bezirkskonferenz.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heute Donnerstag um 5 und 8 Uhr

Das Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover

Dazu:

Der brave Soldat Schwejk

Jugend verboten! Uebliche Preise!

Arbeiter-Sportverein Breslau E. V.

Waldenburger Bergland

Die Grubenbesitzer drohen

Bergarbeiter, rüftet zu einem neuen Kampf!

Einige Tage nach dem Bergarbeiterstreik veröffentlichte das „Tageblatt“ eine Zuschrift des Bergbauischen Vereins. Darin wurde ausgerechnet, welchen Schaden die Bergarbeiter durch den Streik erlitten hatten. Kurz wiedergegeben lautet die Rechnung wie folgt: 14 Streikstage je 6 Mark im Durchschnitt, plus 8 Mark Sonderzulage, macht 87 Mark Verdienstausschlag für jeden Arbeiter. Die Berechnung schließt mit folgenden Ausführungen:

„Die durch den Schiedsspruch eingetretene Lohnerhöhung von 4,5 Prozent wird voraussichtlich den Durchschnittslohn um etwa 20 bis 25 Pfennige erhöhen, so daß also für jede Mark Verdienstausschlag mindestens vier Schichten erforderlich sind, um diesen Ausschlag auszugleichen.“

Der Arbeiter also, der 87 Mark Verdienstausschlag gehabt hat, muß 348 Schichten verfahren, ehe er den durch den Streik verursachten Verdienstausschlag ausgeglichen hat. Diese Rechnung sollte der Belegschaft für alle Zukunft zu denken geben und sie zur Besonnenheit ermahnen, wenn ihr wieder einmal ein Wirtschaftslampf zugemutet wird, der nach Lage der Dinge aussichtslos verlaufen muß.

Alle diese Folgen hätten leicht vermieden werden können, wenn die Belegschaften einseitig genug gewesen wären, dem Streikaufruf der Gewerkschaften nicht Folge zu leisten und der am ersten Streiktag von den Arbeitgebern an sie ergangenen Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit nachzukommen.“

Nicht wahr, wie überzeugend? Die Bergarbeiter werden auch in Zukunft auf die Parolen der Unternehmer pfeifen und die Unternehmer-Schlächter ohne zu lesen als Kollisionspapier benutzen.

Bringt der Hungerstreik eine Mehrbelastung für die Gruben? Theoretisch betrachtet — ja! Die Lohnsumme, welche die Waldenburger Grubenbesitzer an die Gesamtbelegschaft im Verlauf eines Jahres zahlen, beträgt etwa 50 Millionen Mark. (Im ersten Vierteljahr 1928 wurden nach Angabe des Reichsarbeitsblattes 12 450 335 Mark Gesamtlohn gezahlt.) Bei 4,5 Prozent Lohnerhöhung beträgt die Mehrbelastung im ersten Vierteljahr 562 500 Mark, im letzten Vierteljahr bei einer Lohnerhöhung von 7,5 Prozent 939 500 Mark. Mit Hilfe der bereits bewilligten 11 Millionen Mark und der fortschreitenden Rationalisierung werden die Grubenbesitzer leicht in der Lage sein, diese Mehrbelastung zu tragen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewinne.

Das ergibt, wie gesagt, die theoretische Berechnung. In der Praxis werden die Grubenbesitzer versuchen, durch Niedrighaltung der Löhne der Mehrbelastung aus dem Wege zu gehen. Durch den Umstand, daß in dem Waldenburger Revier die Effektivlöhne höher als die Tariflöhne sind, haben die Grubenbesitzer die Möglichkeit, die Löhne nicht zu erhöhen, ohne gegen den Tarif zu verstoßen. Daß sie das machen wollen, geht klar aus den Schlussätzen der im „Tageblatt“ ver-

öffentlichten Zuschrift des Bergbauischen Vereins hervor. Dort heißt es:

„Der Streik hat selbstverständlich auch den Gruben schwere Wunden geschlagen, und es wird lange Zeit bedürfen, bis diese Wunden geheilt und vernarbt sind. Die betrieblichen Schäden und die durch den Streik verursachten Abjahrluste sind vorläufig noch nicht zu übersehen, das eine aber läßt sich heute schon sagen, daß die zur Beseitigung und Behebung dieser Schäden erforderlichen Aufwendungen sich für die Zukunft auf die weitere Lohnentwicklung der Belegschaften im höchsten Maße ungünstig auswirken müssen.“ Die Grubenbesitzer geben also zu, daß sie durch den Streik erhebliche Verluste zu verzeichnen haben. Das ist ein Erfolg für

An die Parteimitgliedschaft!

Zur Vorbereitung des Bezirksparteitages finden folgende Versammlungen statt:

am 25. Oktober in Landeshut („Zur Sonne“)

Freiburg

am 27. Oktober in Bästegiersdorf

Schweidnitz

Striegau

Königszell

Liegnitz

am 28. Oktober in Waldenburg

Gottesberg

Peistewitz.

Zu allen Versammlungen erscheinen Referenten der Bezirksleitung. Die Parteimitglieder müssen unbedingt reiflos in diesen Mitgliederversammlungen erscheinen.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.

die Arbeiter. Dieses Zugeständnis zeigt, welche große Macht in den Händen der Arbeiter liegt. Die Drohung, keinerlei Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, müssen die Waldenburger Bergarbeiter dadurch illusorisch machen, daß sie ab sofort zu einem neuen Kampf für zwischentarifliche Lohnerhöhung rufen.

Oberes Revier

Die Kriegssopfer leben wieder in Hoffnung. Am Sonntag fand in Alt-Lässig die Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegssopferbeschädigten und Hinterbliebenen statt. Nach dem Verlesen des Protokolls hielt der Kreissekretär Klingberg einen Vortrag über die

Forderungen, welche der Bund an den Reichstag zwecks Aufbesserung der Renten gestellt hat. Diese Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf eine prozentige Erhöhung der Renten sowie Abschaffung des Dreiklassenystems. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es eine ganz bescheldene Forderung ist; aber auch bei den Kriegssopfern wird man Ruhmalde treiben, genau so wie bei den beschiedenen Forderungen des Bergarbeiterverbandes. Die heutige Regierung mit ihren vier sozialdemokratischen Ministern hat andere Aufgaben zu lösen, als wirklich die elende Lage der Opfer des Krieges und der Arbeit aufzubessern. Dafür ist kein Geld vorhanden, aber für Panzerkreuzer, Rennsport, für ein sorgenfreies Leben der hohen Beamten und Offiziere sind Millionen nicht zu viel. Denn nur für sie ist der „Dank des Vaterlandes“ gewiß. Die Kriegssopfer werden gut tun, sich genau zu informieren, wer von den Vertretern wirklich die Interessen der Kriegssopfer vertritt und für Erhöhung der Renten eintritt. Nach einigen interessen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg

Filmvorführung. Der Deutsche Holzarbeiterverband veranstaltet am Freitag, dem 26. Oktober, im Gasthof „Zum Blücher“ eine Filmvorführung. Zur Vorführung kommen die Filme „Der Kampf um die Arbeitszeit“, „Der Holzschnitt“, „Der Bau eines Eisenbahnwagens“, „Der Gewerkschaftskongress in Hamburg“ und ein lustiger Weifilm. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf., Arbeitslose 10 Pf., arbeitslose Holzarbeiter haben freien Eintritt. Die Ortsverwaltung hofft auf die Unterstützung der Arbeiterschaft.

Königszell

Drei Gehöfte niedergebrannt. In Kulm brannten die Behausungen der Landwirte Dirsch und Hermann Leichte und der Witwe Leichte nieder. Schuppen und Stallungen mit Maschinen und reichen Erntevorräten fielen den Flammen zum Opfer. Man vermutet Kurzschluß als Brandursache.

Jauer

Töblich überfahren wurde in Hertwigswaldau der 61jährige Arbeiter Paul Hoffmann. Er stürzte von einem Wagen herab und kam unter die Räder, die ihm den Brustkorb eindrückten.

Das Ende einer Ehegräube. Der Arbeiter Karl Fiebig aus St. Georgenberg lebte 25 Jahre lang mit seiner Ehefrau in Unfrieden. Als seine 17jährige Tochter wider seinen Willen heiratete und der Schwiegerlohn mit ins Haus zog, mehrten sich die Szenen. Bald verabschiedete Fiebig seine Frau, mit dem Schwiegerlohn ein Liebesverhältnis zu unterhalten und drohte schließlich wiederholt, das Haus in Brand zu stecken. Des ewigen Unfriedens müde, kündete er am 14. Februar das Haus tatsächlich an und stellte sich dann der Polizei in Jauer. Jetzt hatte sich F. vor dem Liegnitzer Schwurgericht zu verantworten und erhielt wegen vorsätzlicher Brandstiftung ein Jahr vier Monate Zuchthaus. Acht Monate der verbüßten Unternehmungshaft wurden angerechnet.

Der Schaden bei dem Mühlenbrand. Wie man erst jetzt erfährt, sind bei dem Mühlenbrand in Jauer, dem die Mühlenwerke der Firma Gante & Co. zum Opfer fielen, circa 20 000 Zentner Getreide und Mehl verbrannt. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt, ist aber durch Versicherung bedekt.

Niederschlesien

Görlitz

Stadtkonzert. Cavalleria rusticana. — Bajazzo. Zwei alte Opern wurden am Sonntag in unserem Theater gezeigt. „Cavalleria“ wurde gut und eindrucksvoll gespielt. Hr. Reich (Santuzza) war in Gesang und Spiel ganz vorzüglich, daselbe gilt auch für ihren Partner, Herrn Reichart. Der „Abschied von der Mutter“ war eine besondere Leistung. Hr. Koch als Mutter schied sich in ihre nicht gerade beneidenswerte Aufgabe. Herr Bräuer als Alfio war seiner Aufgabe gewachsen, seine Frau war eine vollendete Koloete. — Bajazzo wies eine nicht so gute Rollenbesetzung auf. Herr Sachler war der oft allzu lauten Begleitung des Orchesters nicht gewachsen. Frau Regel als sein Weib Nedda mußte schon etwas mehr Temperament zeigen. Herr Reinal war in guter Form, während Herr Bräuer etwas mehr aus seiner Rolle machen konnte, namentlich in der Schlusszene. Herr Hochtritt, als musikalischer Leiter kann, wenn irgend möglich, die Begleitung etwas abkämpfen, die Künstler werden dann verständlicher werden. Die Bühnenbilder befriedigten nicht so, wie man es sonst von der Leitung des Herrn Beder-Quert gewohnt ist.

Grünberg

Antwort zum Volksbegehren

In den letzten Tagen herrschte in dem reformistischen Lager von Grünberg eitel Lust und Freude. Das Ergebnis des Volksbegehrens gibt diesen Leuten Anlaß zu frohlichem Lächeln. Die angebliche Niederlage wird zu einem Triumph der Kommunisten erster Güte gemacht. Aber noch ist der Triumph verfrüht, ihr Herren Reformisten. Das Volksbegehren zeigt deutlich, daß es viele Wähler gibt, die wohl mit den kommunistischen Ideen einverstanden sind, aber auf Grund der Verhältnisse noch nicht den Mut aufbringen, sich öffentlich für uns auszusprechen, denn sie kennen den Vohllot und auch die Maßregelungen, denen sie mit Hilfe der SPD. dann ausgesetzt sind. Wir wissen aber auch, daß es nicht die Tapfersten sind, die für den Panzerkreuzerbau waren. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, wie wir die trendentischen Geiseln zu bewerten haben. Diejenigen, die immer von „Bomben und Granaten“, von „Panzerkreuzer und Helikopter“ schwafeln (dem Helikopter aber recht weit aus dem Wege gehen), wissen ganz genau, wie sie sich bei dem nächsten Stahlbad die Taschen füllen werden, während der Prolet den „schönen Helikopter“ nicht, indem er mit zerrissenen Eingeweiden im Drahterkerhau wie ein Stück Vieh krepirt. Wir sagen diesen Leuten allen Ernstes: Euer Zabel ist zu früh! Hagt es nur, den neuen Krieg zu entfachen, die Arbeiterschaft wird auf unserer Seite stehen und mit dem Bürgerkrieg antworten! So gehen ist das Volksbegehren für uns keine Niederlage, sondern ein Ansporn zu neuer Arbeit, zu neuem Kampf und zum Sieg der proletarischen Revolution!

„Kote Säger.“ Vor kurzer Zeit weilten in unserer Stadt, wie alljährlich, die sogenannten „Kote Säger“. Es ist bekannt, daß dies eine sozialistisch angehauchte Sägertruppe ist. Wer die Darbietungen dieser Leute gehört hat, wird nicht von der Hand weisen können, daß sie Gutes geleistet haben. Sie sangen von Völkerrfrieden und Panzerkreuzer, von Gaswolle und Bomben, von Einigkeit und Recht und Freiheit. Sie fanden den Beifall der Zuhörerschaft, und man hätte sich bedingungslos gestaut, wenn — ja, wenn die Darbietungen, unter der Lupe betrachtet, nicht doch einen gewissen Haken hätten. Das Leben lehrt uns, daß solange die Arbeiter den sozialistischen Führern nachlaufen, es keinen Kampf und keinen Sieg gibt.

Es zeigt, daß sie belogen und betrogen werden. Und sie werden weiter betrogen sein, solange es noch reformistische Führer gibt. Die letzten Jahre zeigen immer deutlicher, daß wir von dieser Seite nichts zu hoffen haben. Darum, Arbeiter, seid auf der Hut. Zeigt, daß ihr wahre Klassenkämpfer werden wollt auf Seiten der kommunistischen Partei!

Liegnitz

Der Sohn bringt den Vater ins Gefängnis.

Auf eine Anzeige seines Sohnes hin wurde der Arbeiter Karl Wein aus Liegnitz vor dem Schöffengericht angeklagt, eine Epi-

Der Jäger Bericht über die Affäre Finkle-Grünberg

Wir kündigten vor einigen Tagen den Wortlaut des sogenannten „Jäger Berichtes“ an, der sich mit der Affäre des früheren Grünberger Oberbürgermeisters Finkle beschäftigt. Wir lassen den ersten Teil des Berichtes folgen:

Stadtvorordneter Landgerichtsdirektor Dr. Dehile (Ztr.) verliest am Schluß der Sitzung den Bericht der Kommission über die Untersuchung der von der Stadtvorordnetenversammlung Grünberg gegen den Oberbürgermeister Finkle erhobenen Vorwürfe. Der Bericht hat folgenden Wortlaut: Auf Grund der mit den erschienenen Grünberger Vertretern stattgefundenen Besprechung und der vorliegenden Urkunden wurde folgendes ermittelt: Der Erste Oberbürgermeister Finkle hatte zur Aufrechterhaltung des bisher jagnierenden wirtschaftlichen Lebens in Grünberg Unternehmungen auf gemischtwirtschaftlicher Basis ins Leben gerufen, so z. B. die „Eltwie“, eine Gesellschaft, welche zur Versorgung der Stadt Grünberg mit elektrischer Energie einen Vertrag mit einer Zentrale abschloß. Der Oberbürgermeister Finkle war Geschäftsführer. Zu dem Aufsichtsrat gehörten neben anderen Personen aus der Wirtschaft Stadtvorordnete und Stadträte der Stadt Grünberg. Die Gesellschaft „Eltwie“ hatte anfänglich wie andere gemischtwirtschaftliche Betriebe dem Oberbürgermeister Finkle auf seinen Antrag hin laut Aufsichtsratsbeschluss für seine Tätigkeit in der Gesellschaft Remuneration bewilligt. Die in dem Aufsichtsrat befindlichen Stadtvorordneten Grünbergs wußten also und waren damit einverstanden, daß der Oberbürgermeister Finkle für seine Tätigkeit eine besondere Vergütung bezog, während die anderen Stadtvorordneten hiervon erst später Kenntnis erhielten. Letztere mißbilligten, daß ein städtischer Beamter aus den Erträgen dieser Betriebe Gelder bezieht. Bei der Staatsberatung kam dies zur Sprache. Da eine Erhöhung des Gehalts des Oberbürgermeisters Finkle wegen des damals noch geltenden Sperrgesetzes nicht zulässig war, beschloßen die Stadtvorordneten mit Zustimmung des Oberbürgermeisters Finkle, daß letzterer eine Aufwandsentschädigung von 6000 Mark seitens der Stadt Grünberg erhalten solle, daß aber Oberbürgermeister Finkle nach Bewilligung der Aufwandsentschädigung in Zukunft auf jede Remuneration von Seiten der gemischtwirtschaftlichen Betriebe verzichten sollte. Diese Aufwandsentschädigung für den Oberbürgermeister Finkle wurde später unter gleichzeitiger Erhöhung des Gehalts auf 2400 Mark herabgesetzt.

Als die „Eltwie“ kurz vor dem Zusammenbruch stand, wurde Oberbürgermeister Finkle von Grünberg die REM. als Geschäftsführer aufnahm, stellte

habe und einen Spaten gestohlen zu haben. Außerdem wurde er beschuldigt, unrechtmäßig Erwerbslosenunterstützung bezogen und mit seiner Frau zusammen ebenfalls unberechtigt Zeugengebühren beanprucht zu haben. Vor Gericht nahm der Sohn die Anzeige zurück mit der Begründung, er habe den Vater nur aus Rache angezeigt. Trotzdem erhielt der Angeklagte drei Wochen Gefängnis, seine Frau eine Woche Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Wieder ein Sittlichkeitsdelikt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen den Arbeiter S. Seeliger, der versucht haben soll, unzüchtige Handlungen an einem sechsjährigen Mädchen vorzunehmen. Er erhielt ein halbes Jahr Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Oberbürgermeister Finkle bei dem Aufsichtsrat der „Eltwie“, dem zu dieser Zeit der Magistratsrat HampeI und der Stadtverordnete Kiedener als Vertreter der Stadtvorordnetenversammlung angehörten, den Antrag, ihm seitens der „Eltwie“ 3000 Mark zu zahlen, und zwar a) 1500 Mark für Reisegebühren und besonderen Aufwand, b) 1500 Mark Vergütung für Nebenleistung im Dienst durch die für „Eltwie“ geleisteten Arbeiten. Sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der „Eltwie“ waren i. Anerkennung der Leistungen und vielen Reisen des Oberbürgermeisters Finkle für die „Eltwie“ einstimmig der Ansicht, daß dem Oberbürgermeister für diese Mehrleistungen eine Entschädigung zu zahlen sei. Die anwesenden Stadtvorordneten und Stadträte haben in dieser Versammlung auf den oben erwähnten Beschluß der Stadtvorordneten, daß Oberbürgermeister Finkle nach Bewilligung der Aufwandsentschädigung auf jede Sondervergütung aus den gemischtwirtschaftlichen Betrieben in Zukunft verzichten müsse, ausdrücklich hingewiesen, aber trotzdem sich für eine Vergütung an Oberbürgermeister Finkle ausdrücklich ausgesprochen, nur über die Höhe der Entschädigung bestanden Meinungsverschiedenheiten. Man wünschte aber, einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen und einigte sich dann auf den Betrag von 2000 Mark. Diese Summe wurde an Oberbürgermeister Finkle ausgezahlt. Als die übrigen Stadtvorordneten hierauf Kenntnis erhielten, waren sie ungehalten, weil dies gegen die frühere Vereinbarung mit den Stadtvorordneten verstoße. Man behauptet auch, daß an diesem Beschlusse Aufsichtsratsmitglieder mitgewirkt hätten, die ad hoc dazu bestellt waren.

(Fortsetzung des Berichtes folgt.)

Chlorodont

beseitigt üblen Mundgeruch u. häßlich gefärbten Zahnelag
Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!